

Nr. 3 Sept. '98



**DREIGLIEDERUNG DES
SOZIALEN ORGANISMUS**

Dreigliederungsbewegung
1917-1922

Konturen der Goetheschen Politik

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE „NETZWERK DREIGLIEDERUNG“

Editorial

Die Bundestagswahlen sind vorbei. Gesellschaftliche Probleme und gesellschaftlicher Reformbedarf sind geblieben. Veränderungen werden jedoch nur dann in Gang kommen, wenn mehr Menschen ihre Notwendigkeit erkennen und sich entsprechend engagieren. Soweit es in unserer Macht steht, werden wir dazu weiter beizutragen versuchen.

Gerade heute ist ein Studium der Erfahrungen der von R. Steiner initiierten Dreigliederungsbewegung und ihrer aktuellen Bedeutung wohl sinnvoll. Damit beschäftigt sich der erste Hauptartikel, während der zweite anhand der Betrachtung von Goethes Wirken als Minister das „politische Potential“ des Goetheanismus untersucht, - ein Thema, das bei der Beschäftigung mit Goethe auch von Anthroposophen meistens ausgeblendet wurde.

Christoph Strawe

In eigener Sache

Für unsere Arbeit in diesem Jahr fehlen immer noch 13.000,- DM. Um Mithilfe bei der Deckung dieses noch vorhandenen Defizits wird herzlich gebeten.

Notiert:

Aus dem Zeitgeschehen¹

(vs) Zugunglück eines ICE in Eschede, fast hundert Menschen werden Opfer der Katastrophe. Als Ursache gilt ein Radbruch +++ Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wird in diesem Jahr an den Schriftsteller Martin Walsers verliehen +++ Schwerste Rezession in Japan seit 1945 +++ Auf dem Weltwüstentag in Bonn wurde vom „Forum Umwelt und Entwicklung“ konstatiert, daß die Wüsten sich weltweit ausbreiteten, jährlich verschwinde fruchtbarer Boden von der Größe Deutschlands +++ Nach dem Jahresbericht für 1997 von amnesty international haben 141 Staaten - drei Viertel aller Staaten der Welt - gegen die Menschenrechte verstoßen; allein in 117 Ländern wurden Menschen gefoltert oder mißhandelt +++ Das hessische Umweltministerium legte einen Entwurf für ein Atomausstiegsgesetz vor; danach könnten alle Reaktoren innerhalb von fünf Jahren abgeschaltet werden +++ Nach Berechnungen der Weltwetterorganisation WMO sorgte das Wetterphänomen El Nino 1997 für einen historischen Hitzerekord +++ Ein Toter saß in der Stadt Brandenburg vier Jahre lang unbemerkt in seiner Wohnung vor dem Fernseher +++ Erdbeben in der Südtürkei +++ Staatsbesuch des US-Präsident Bill Clinton in China; in einer live - und damit unzensuriert - in Rundfunk und Fernsehen übertragenen Pressekonferenz

¹ Bis 18.9.98.

Inhalt

Editorial // Zeitgeschehen	2
Die Dreigliederungsbewegung 1917-1922 und ihre aktuelle Bedeutung (C. Strawe)	3
Konturen der Goetheschen Politik – Eine Skizze (V. Stubel)	12
Berichte	23
Ankündigungen // Termine	28
Literaturhinweise.....	30
Netzwerkseminar zum „Euro“	32

lieferten er und Chinas Staatsoberhaupt Jiang Zemin sich eine heftige Debatte über Menschenrechtsfragen. Im Vorfeld des Besuches wurden mehrere Dissidenten festgenommen +++ Bei den Wahlen für die halbautonome Regionalversammlung in Nordirland stimmten drei Viertel der 1,2 Millionen Wahlberechtigten für die „Friedensparteien“ des katholischen und protestantischen Lagers +++ Fußballweltmeisterschaft in Frankreich: Britische und deutsche Hooligans randalierten im Umfeld der Spiele, ein Polizist wurde schwer verletzt. Die französische Mannschaft gewann das Turnier +++ Schwerstes Grubenunglück der österreichischen Nachkriegsgeschichte im obersteirischen Dorf Lassing +++ In Rom wurde die Schlußakte zur Gründung eines internationalen Weltstrafgerichtshofs unterzeichnet; er soll zuständig sein für Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die USA, Israel und China widersetzten sich der Gründung. UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete die Gründung als einen „riesigen Schritt auf dem Weg zur Gerechtigkeit“ +++ Diskussionen um eine Autobahnvignette in Deutschland +++ Tot- und Fehlgeburten unter 1.000 Gramm wurden in Berlin über Jahre als Sondermüll entsorgt und zusammen mit Klinikmüll zu Granulat vermahlen und verbrannt; die Schlacke wurde anschließend als Material für die Abdeckung von Deponien und für den Straßenbau verkauft +++ Flutkatastrophe in Bangladesch +++ Hungersnot in Sudan +++ Serbische Offensive im Kosovo: Über 100.000 Menschen flohen vor dem Krieg +++ Hochwasserkatastrophe in China: Etwa ein Fünftel der chinesischen Bevölke-

Impressum: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax (0711) 23 60 218, eMail: BueroStrawe@t-online.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen in der Regel vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

rung, rund 223 Millionen Menschen, wurden vom Hochwasser betroffen. Erst für den späten Oktober wird mit einem Rückgang der Fluten gerechnet. Der wirtschaftliche Schaden wird momentan auf 45 Milliarden DM geschätzt +++ Doping-Skandale bei der Tour de France führten zu Polizeirazzien und Fahrerstreiks +++ Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Tansania; als „Vergeltung“ bombardierten die USA mutmaßliche terroristische Einrichtungen islamischer Fundamentalisten in Afghanistan und eine Pharmafabrik in Sudan +++ Aussagen von Monica Lewinsky und US-Präsident Bill Clinton vor der Grand Jury, daß doch eine sexuelle Beziehung zwischen ihnen bestanden habe; Clinton räumte schwere Fehler ein +++ Diskussionen in Deutschland über den Kombilohn als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit +++ In Hamburg präsentierte Greenpeace ein 3,3-Liter-Auto; aufgrund neuer Technik verbrauchte der Renault Twingo bei gleicher Leistung nur die Hälfte Benzin +++ Ozonalarm in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland; das daraufhin verhängte Fahrverbot blieb jedoch ohne Wirkung +++ Nach einer Studie hat jeder zehnte Schüler an einer High School in den USA bereits einen Selbstmordversuch unternommen +++ Bürgerkrieg im Kongo +++ Bombenanschlag in Omagh, Nordirland, bei dem 28 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, getötet wurden +++ Nach dem Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung sind annähernd

22% der unter 16jährigen in den neuen und 11,8% in den alten Bundesländern als „arme Kinder“ einzustufen; Experten nannten diese Zahlen „gravierend“, Claudia Nolte (CDU), Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, widersprach dem Bericht: „Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit.“ +++ Finanz- und Staatskrise in Rußland: Präsident Jelzin entließ seinen erst vor fünf Monaten berufenen Premier S. Kirijenko, ebenso die Reformer A. Tschubais und B. Nemzow. Der designierte neue Premier Tschernomyrdin, Vorgänger Kirijenkos, fiel in der Duma durch. Schließlich einigte man sich auf den bisherigen Außenminister Primakow als Ministerpräsident. Rubelkurs und Aktienkurse befanden sich im freien Fall, die Banken zahlten und wechselten kein Geld mehr, Nahrungsmittel muß Rußland mittlerweile zu zwei Dritteln importieren +++ Weltweit gaben die Börsenkurse nach +++ Der amerikanische Präsident Clinton geriet in der „Lewinsky-Affäre“ immer stärker unter Druck +++ Eine Swissair-Maschine stürzte an der kanadischen Küste ins Meer, alle 229 Insassen kamen dabei ums Leben +++ Konflikt zwischen Iran und den Taliban in Afghanistan, Iran konzentrierte einen großen Teil seiner Truppen an der afghanischen Grenze +++ Bei den Landtagswahlen in Bayern gewann die CSU erneut die absolute Mehrheit +++ In der Endphase des Wahlkampfes holte die CDU in Meinungsumfragen gegenüber der SPD noch einmal auf.

Die Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 und ihre aktuelle Bedeutung¹

Christoph Strawe

Die sozialen Fragen haben Rudolf Steiner sein Leben lang beschäftigt. Den Höhepunkt erreicht sein Wirken auf dem sozialen Felde in den Jahren 1917 - 1922, in denen er im großen Stil versuchte, in das Zeitgeschehen einzugreifen.

R. Steiners Übersiedlung nach Berlin 1897 hatte ihn einerseits in die literarischen Kreise der Hauptstadt geführt, andererseits als Lehrer der Arbeiterbildungsschule (1899-1904) mit der Arbeiterbewegung in Berührung gebracht. Als Feld seines esoterischen Wirkens kam die Theosophische Gesellschaft hinzu, deren Generalsekretär er 1902 wurde.

„Soziologisches Grundgesetz“ und „Soziales Hauptgesetz“

1898 wird die im Hinblick auf die individuelle Situation des Menschen gestellte Grundfrage seines philosophischen Hauptwerks von 1893 „Die Philosophie der Freiheit“ in zwei Aufsätzen des „Magazins für Literatur“ explizit zugleich als Frage nach der Struktur der Gesellschaft gestellt: In den Aufsätzen „Freiheit und Gesellschaft“ und „Die soziale Frage“ wird die Emanzipation des einzelnen von der Vormundschaft

¹ Der Artikel stützt sich in weiten Teilen auf die im Anhang angegebene weiterführende Literatur.

der „Verbände“ als Grundtendenz der Gesellschaftsentwicklung ausgemacht und als „soziologisches Grundgesetz“ gekennzeichnet. Die Konsequenz daraus sei die konsequente Ausrichtung des Staates auf den Schutz und die Förderung der Bedürfnisse und Kräfte des einzelnen. 1905/06 veröffentlicht er in der 1903 begründeten Zeitschrift „Luzifer“ (später vereinigt mit der Zeitschrift Gnosis) drei Aufsätze unter dem Titel „Theosophie und soziale Frage“, in denen er die Überwindung der Ausbeutung und die notwendige soziale Gestaltung der Arbeitsteilung durch einen Altruismus thematisiert, der nicht bloß subjektiv moralisch ist, sondern bis in die Gestaltung wirtschaftlicher Institutionen hineinwirkt („Soziales Hauptgesetz“). Die geplante Fortsetzung der Artikelreihe unterbleibt wegen mangelnden Interesses der theosophischen Leserschaft des Blattes an dieser Thematik. Seither finden sich Hinweise auf das Thema mehr als Andeutungen, die wohl ausgeführt worden wären, wenn sie bei Hörern der entsprechenden Vorträge zu Fragen geführt hätten, was aber offenbar nicht der Fall war.

Rudolf Steiner während des Weltkriegs

1913 war der Bruch mit der Theosophischen Gesellschaft endgültig vollzogen, die Anthroposophische Gesellschaft als selbständige Vereinigung konstituiert. In diesem Jahr hatte man in Dornach in der Schweiz mit dem Bau des ersten „Goetheanum“ als Pflegestätte der Anthroposophie begonnen. Als der Weltkrieg ausbrach, arbeitete in Dornach eine Gruppe von Anthroposophen unterschiedlicher Nationalitäten an diesem Bau.

In den Jahren des Weltkriegs hielt R. Steiner in Dornach und an anderen Orten Vorträge über die geistigen Hintergründe des Weltkriegs und über Zeitfragen; die Richtung der notwendigen sozialen Erneuerung wurde dabei aber höchstens andeutungsweise benannt, so in einem Vortrag vom 31.12.1914 (GA 158), wo die Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in differenzierter Weise behandelt werden. Im Vortragswerk jener Jahre findet sich eine massive Auseinandersetzung mit dem Nationalismus und Chauvinismus, dem auf der anderen Seite eine positive und weltbürgerliche „Volksseelenkunde“ als Basis einer Völkerverständigung gegenübergestellt wird. In diesem Zusammenhang macht R. Steiner immer wieder den Versuch, gegenüber den Entstellungen großdeutschen Machtwahns und anti-deutscher Ressentiments in den Entente-Ländern die Kulturimpulse eines Mitteleuropäertums neu zu betonen, wie es am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Weimar und Berlin, in Jena und Wien gelebt hatte und durch die Entwicklung seit 1871 ganz in den Hintergrund gedrängt worden war: „Das deutsche Reich war in den Weltzusammenhang hineingestellt“, so Steiner 1919, „ohne wesenhafte, seinen Bestand rechtfertigende Zielsetzung. Diese

Zielsetzung hätte nicht so sein dürfen, daß nur militärische Macht sie zu tragen hatte, konnte überhaupt nicht auf *Machtentfaltung* im äußeren Sinne gerichtet sein. Sie konnte nur auf die *innere* Entwicklung seiner Kultur gerichtet sein.“²

Zugleich war er bemüht, an einer sachlichen Darstellung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch in Deutschland, über die er aus erster Hand unterrichtet war, mitzuwirken, - auch im Hinblick auf die Bedeutung dieser Frage für einen künftigen Friedensschluß. Die Frage war ihm so wichtig, daß er im Jahre 1916 zu diesem Zweck das Projekt eines deutschen Pressedienstes in der neutralen Schweiz in Zürich betrieb, bei dem das Konzept einer umfassenden sozialen Erneuerung bereits den Hintergrund bildete.

Epochenjahr 1917

Das Jahr 1917 ist ein Epochenjahr der Weltgeschichte. Bildete sich doch von diesem Jahr ausgehend jene bipolare Weltsituation heraus, die durch die Supermächten der USA und der Sowjetunion geprägt war und erst im Jahre 1989 abgelöst wurde. 1917 traten die USA in den Weltkrieg ein, 1917 ist das Jahr der russischen Oktoberrevolution (an deren Zustandekommen der deutsche Generalstab nicht unbeteiligt war). Sowohl die Ideen des Sozialismus wie die Demokratie-Parolen des amerikanischen Präsidenten Wilson („make the world safe for democracy“, Kongreßrede vom 2.4.1917) erzielten eine erhebliche Propagandawirkung, während die Mittelmächte sich durch ein Defizit an ideellen Zielen und die Beschränkung auf Annexionsforderungen selber schwächten.

Der Stein kommt ins Rollen

In dieser Situation tritt nun Ende Mai 1917 ein Schüler R. Steiners, Otto Graf Lerchenfeld (1868-1938), der wie alle Vernünftigen den Siegfriedensparolen der Militärs mißtraut³, mit der Frage nach einer Rettung vor der Mitteleuropa drohenden Katastrophe an Steiner heran. In sich über drei Wochen hinziehenden persönlichen Unterredungen, die im Juni beginnen, entwickelte ihm R. Steiner nun das Konzept eines mitteleuropäischen Friedensprogramms. Einzelheiten dieser Unterredungen sind nicht überliefert, als sicher darf aber gelten, daß es nicht um theoretische Erörte-

² Einleitungen zu Helmuth von Moltkes „Gedanken und Erinnerungen“/1919, in: Aufsätze..., GA 24, Dornach 1961, S. 382.

³ Mitte 1917 notiert er, es sei nicht mehr zum Mitansetzen, ordre, contreordre, desordre. Jeder sucht in seinem Ressortchen das All. „Für Gedanken – keine Zeit! Von Ideen – keine Spur! Mit dem Krieg, mit dem Sieg wird gerechnet wie mit Zahlen. Um sich Mut zu machen, fragt man die Militärs. Die träumen immer nur: Sieg – Sieg – Sieg!“ (Aus: Rudolf Steiner während des Weltkriegs, hrsg. von R. Boos, Dornach 1933, S. 57 ff.)

rungen ging, sondern um den Versuch, das Gehör der führenden Staatsmänner Mitteleuropas zu gewinnen und diese zu einer sinnvollen Friedensinitiative zu veranlassen. Am 13. Juli, dem Tag des Rücktritts des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Annexionsfriedensfrage in Deutschland, wird Ludwig Graf Polzer-Hoditz (1869-1945), ebenfalls ein Schüler R. Steiners, über Lerchenfelds Initiative unterrichtet. Polzer-Hoditz' Bruder ist Kabinettschef des österreichischen Kaisers Karl (der auf einen baldigen Friedensschluß drängt) und hat gewisse Aussichten, Außenminister zu werden, während Lerchenfelds Onkel königlich-bayrischer Gesandter in Berlin ist. Beide haben also indirekten Zugang zur Macht. Man versucht, allerdings im wesentlichen ergebnislos, Gesprächskontakte mit dem ehemaligen deutschen Botschafter in London Fürst Lichnowski, dem Publizisten Maximilian Harden, mit Walter Rathenau, dem ehemaligen Botschafter in Washington Graf Bernstorff und dem Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Albert Ballin zu knüpfen.

Die Memoranden

R. Steiner verfaßt zwei Denkschriften („Memoranden“), die für Berlin und Wien bestimmt sind. Die Grundidee ist eine von Mitteleuropa ausgehende Friedensinitiative auf der Basis sozialer Neugestaltung: Eine solche Neuordnung, die an den besten Traditionen Mitteleuropas anschließen würde, wäre die beste vertrauensbildende Maßnahme und damit die Voraussetzung für einen Frieden, der die Lebensfähigkeit Mitteleuropas garantiert hätte. R. Steiner hat seine Autorschaft übrigens nicht „an die große Glocke“ gehängt, um die Wirkung nicht zu gefährden. In den Memoranden wendet er sich - neben der Behandlung der Kriegsschuldfrage - gegen den Utopismus von Menschheitsbeglückungsparolen. Insbesondere warnt er vor dem dann am 8.1.1918 in Wilsons „14 Punkten“ ganz einseitig in den Vordergrund gerückten „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“. Wenn jedes Volk ohne Rücksicht auf kulturelle Autonomie anderer seinen eigenen Staat zu errichten versucht, dann kann solche „Völkerbefreiung“ nur neues Unrecht schaffen. Das muß vor allem in einem Raum wie Südosteuropa gelten, wo sich verschiedene Ethnien durchmischen und auf engem Raum in multi-kultureller Vielfalt friedlich koexistieren müssen. Man befreie - so R. Steiner - zuerst den einzelnen Menschen - und mit ihm wird man dann auch die Völker befreien. Die Gestaltung der Verhältnisse, so wörtlich, „wird nur dann in gesunder Weise erfolgen, wenn das Nationale aus der Freiheit und nicht die Freiheit aus dem Nationalen entbunden wird. Strebt man statt des letzteren das erstere an, so stellt man sich auf den Boden des weltgeschichtlichen Werdens. Will man das letztere, so wirkt man diesem Werden entgegen und legt den Grund zu neuen Konflikten.“ (Memo-

randum vom Juli 1917). Was hier vertreten wird, ist die Idee eines im umfassenden Sinne freien Kultur- bzw. Geisteslebens: „Der Staat überläßt es den völkermäßigen Korporationen, ihre Gerichte, ihre Schulen, ihre Kirchen zu errichten, und er überläßt es dem einzelnen, sich seine Schule, seine Kirche, seinen Richter zu bestimmen. Natürlich nicht etwa von Fall zu Fall, sondern auf eine gewisse Zeit. (...) Alle juristischen, pädagogischen und geistigen Angelegenheiten werden in die Freiheit der Person gegeben. Auf diesem Gebiet hat der Staat nur das Polizeirecht, nicht die Initiative.“ (GA 24, S. 352 f.)

Auch das Wirtschaftsleben soll sich von staatlicher Einmischung frei „opportunistisch“, d.h. pragmatisch im Hinblick auf die Gegebenheiten, entfalten. Für Kultur und Wirtschaft werden eigene „Parlamente“ gefordert. Der Staat ist für die Bewahrung der Sicherheit und Ordnung zuständig (insoweit also „konservativ“), die demokratisch gewählten Volksvertretungen beschäftigen sich ausschließlich mit den rein politischen, polizeilichen und militärischen Angelegenheiten. Allen zentralistischen Bestrebungen wird zugunsten des als dem Mitteleuropäischen als wesensgemäß betrachteten Föderalismus eine Absage erteilt.

Gesprächsinitiativen

Polzer-Hoditz übergibt den Text am 23. Juli seinem Bruder Artur, nimmt auch selbst die Gelegenheit wahr, das Konzept dem Ministerpräsidenten Ernst von Seidler vorzutragen. Der Bruder, in seiner Position durch Intrigen geschwächt, sieht aktuell keine Möglichkeit des Eingreifens und legt die Denkschriften erst im November seinem Rücktrittsgesuch bei. Zu einer politischen Initiative des Kaisers kommt es, trotz interessiert-positiver Kenntnisnahme des Inhalts, nicht. In Berlin trägt R. Steiner selbst die Sache Ende Juli oder im August dem Staatssekretär des Äußeren Richard von Kühlmann (1873-1948) vor, der sie bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litwosk mit sich trug. Der Friedensvertrag vom 3.3.1918 selbst ist als brutaler Diktatfrieden das genaue Gegenteil jenes Konzepts. Die Hoffnung, Brest-Litowsk zur Werbetrübe für einen Frieden auf der Basis sozialer Neuordnung zu machen und damit den Ereignissen in letzter Stunde vielleicht noch eine andere Wendung zu verleihen, erfüllte sich nicht.

R. Steiner führt noch zahlreiche weitere Gespräche, u.a. im Januar 1918 mit dem späteren Reichskanzler, dem Prinzen Max von Baden, für den er eigens ein Vorwort zu seinem 1910 gehaltenen Osloer Vortragszyklus über Volksseelenkunde verfaßt. Doch führt auch dieser Kontakt nicht zum Erfolg. In Berlin ist noch der größte „Erfolg“, daß die Texte, die sich wohl längere Zeit bei der Obersten Heeresleitung im Umlauf befunden haben müssen, über einen Verbindungsoffizier an den württembergischen Fabrikanten Molt (1876 - 1936) - einen Schüler R. Steiners - weitergeleitet werden.

Zusammenbruch - In geänderter Zeitlage

Am 3. November 1918 verweigern die Kieler Matrosen den Gehorsam, die Revolution bricht aus. Der Weltkrieg, der mit seinen Materialschlachten und den sinnlosen Opfern des Stellungskriegs bisher ungekannte Schrecknisse gebracht hatte, ist vorbei. Am 9. November rufen Scheidemann und Liebknecht parallel die Republik aus. Der Zusammenbruch der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie ließ für viele Menschen eine Welt zusammenbrechen. Die harten Waffenstillstandsbedingungen wurden von vielen als „nationale Schmach“ erlebt. In der Arbeiterschaft, die politisch in Mehrheitssozialdemokratie, USPD und kommunistischen Spartakus-Bund gespalten ist, lebt die Hoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft, ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.

Stuttgarter Initiativen

R. Steiner hält sich zu dieser Zeit in der Schweiz auf, wo er sich in Vorträgen verstärkt der sozialen Thematik „in geänderter Zeitlage“ annimmt. Marxismus, Rätegedanke, Proletariat, Mehrwert usw. sind neue Themen, aber auch innere Aspekte der sozialen Frage, wie das Verhältnis von sozialen und antisozialen Impulsen im Menschen.

Emil Molt befindet sich zur Zeit der Revolution in der Schweiz. In Dornach hört er am 9. November einen Vortrag R. Steiners. Er schreibt darüber in dem autobiografischen Text „Entwurf meiner Lebensbeschreibung“: „Noch nie hatte ich Rudolf Steiners Ausführungen mit größerer Aufmerksamkeit aufgenommen als an diesem Abend. Wie wenn er meine innere Frage: Was kann ich in dieser Lage tun? vernommen hätte, sagte er im Verlauf seines Vortrags etwa das Folgende: ‚Und wenn mich jetzt jemand fragen würde, was er tun sollte, so könnte ich ihm nur raten, aufgeschlossen zu sein und hinzulauschen, was die Verhältnisse von ihm fordern.‘ Das war für mich die einzig richtige Antwort.“ (S. 161).

Emil Molt (1876-1936), Leiter der erfolgreichen Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in Stuttgart, wird nun selbst aktiv. Er stellt dem württembergischen Wirtschaftsministerium seine Mitarbeit zur Verfügung und darf einen eigenen Schreibtisch im Ministerium aufstellen. Der Versuch, eine Industrie-Treuhandgesellschaft zur Ankurbelung der Friedenswirtschaft zu gründen, scheitert allerdings. Mitte November führt Molt ein Gespräch mit seinem Werkmeister Speidel über Bildungsmöglichkeiten für Arbeiterkinder. Der Gedanke einer Schulgründung beginnt in ihm zu keimen. Andere Stuttgarter Anthroposophen wie Hans Kühn (1889-1977) und der Erkenntnistheoretiker und Inhaber einer Maschinenfabrik Carl Unger (1878-1929) wollen sich ebenfalls für die sozialen Fragen engagieren.

Dornacher Januar-Gespräche

Man beschließt Rudolf Steiner aufzusuchen, um Verständnisfragen zu stellen und praktische Schritte zu besprechen. Am 25. und 27. Januar 1919 führen Molt, Kühn und Roman Boos, damals Redakteur der Waldorf-Astoria-Nachrichten, lange Gespräche mit Steiner, bei denen dieser bis in einzelne Gestaltungsfragen - etwa des Steuersystems hinein - seine Ideen erläutert. Das Stenogramm von Roman Boos ist später, soweit es auswertbar war, unter dem Titel „Sozialwissenschaftliche Texte“ als Manuskriptdruck erschienen. Steiner schlägt eine „Kundgebung“ vor, einen Aufruf, hinter dem eine größere Menschengruppe steht. In der Situation des Umbruchs hält er es für notwendig, sich mit der Dreigliederungsidee an die breite Öffentlichkeit zu wenden. Auch der Gedanke einer Gründung freier Schulen taucht auf. Es werden Überlegungen angestellt, wie eine politisch wirksame Organisation geschaffen werden kann. Unterschriften sollen gesammelt, Vorträge sollen organisiert, ein Buch soll verfaßt werden. Steiner schreibt nicht nur den Aufruf, sondern beginnt in den folgenden Wochen auch mit der Niederschrift des Werks „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“, deren Inhalte er zunächst in Vorträgen in der Schweiz darstellt. Es erscheint am 28. April.

Der „Aufruf an das deutsche Volk und an die Kulturwelt“

Am 2. Februar übergibt R. Steiner den fertigen Text des Aufrufs „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt“ an Molt, Kühn und Boos. Ein deutsches Komitee der Erstunterzeichner mit dem Autor des Entwurfs der württembergischen Landesverfassung Wilhelm von Blume, Molt und Unger konstituiert sich. Dem österreichischen Komitee gehören Walter Johannes Stein, Polzer-Hoditz und der Staatsrat Stefan von Licht an. Die Unterschriftensammlung beginnt - unter mancherlei Schwierigkeiten, denn die Aktivisten der ersten Stunde fühlen sich teilweise überfordert. (In diesem Sinne äußert sich Boos über ein Gespräch mit dem Soziologen Max Weber über den Aufruf.) In Deutschland trägt das Dokument schließlich 320 Unterschriften, darunter die des Bildhauers Wilhelm Lehmbruck, der Schriftsteller Hermann Hesse und Jakob Wassermann, des Theologen Friedrich Rittelmeyer, des Philosophen Paul Natorp und anderer.

Der Aufruf geht von der Tatsache der Katastrophe aus, die zur Selbstbesinnung führen müsse. Sie sei eingetreten, weil Deutschland eine in äußeren Kräften begründete Machtstellung erstrebt, aber eine wirkliche soziale Erneuerung, die ihm eine konstruktive Rolle in der Welt gesichert hätte, unterlassen habe. Die soziale Erneuerung verlange heute bewußte Gliederung, wo früher soziale Instinkte gewirkt hätten. Der soziale Organismus müsse drei selbständige Glieder

mit je eigener „Gesetzgebung und Verwaltung“ ausbilden, die lebendig zusammenwirken, dasjenige des wirtschaftlichen Lebens, dasjenige der geistigen Produktion und dasjenige des Rechtsstaats. Diese Neuordnung müsse auch dazu führen, daß drei selbstständige Delegationen mit dem Ausland über die Friedensbedingungen verhandeln sollten.

Über die Memoranden hinausgehend, wird in dem Aufruf, wie dann auch in dem Buch „Die Kernpunkte“, ein Vergleich des sozialen Organismus mit dem menschlichen natürlichen Organismus angestellt, der keineswegs als Analogie verstanden werden, sondern den Blick für lebensmögliche soziale Strukturen, die dem Menschen als Gestalter dienen, schärfen soll. R. Steiner stützt sich dabei auf sein 1917 veröffentlichtes Werk „Von Seelenrätseln“, in dem er erstmals seine über Jahrzehnte gereifte Anschauung von der Dreigliederigkeit der menschlichen physischen Organisation als Grundlage und Instrument des menschlichen Seelenlebens aussprach.

Die Kampagne beginnt

Im Zeitraum Februar bis April 1919 wird die Kampagne vorbereitet. R. Steiner führt in dieser Zeit u.a. Gespräche mit dem später ermordeten Sozialisten Kurt Eisner. Am 5. März erscheint der Aufruf in Tageszeitungen und als Flugblatt, am 21. März tritt das deutsche Komitee der Unterzeichner mit Molt, Unger und von Blume mit einer Veranstaltung im Stuttgarter Stadtgarten an die Öffentlichkeit. Blume äußert bei dieser Gelegenheit, er sei kein Anthroposoph und habe R. Steiner (der sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Schweiz aufhält) bisher nie gesehen, erkläre sich aber aus seiner ganzen Erfahrung mit dem Dreigliederungsgedanken solidarisch.

Zuspitzung der äußeren Situation - Gründung des Bundes für Dreigliederung

Deutschland wird in dieser Zeit immer mehr von revolutionären Bewegungen erschüttert. Am 1. April bricht der sogenannten Ruhrstreik aus, Mitte April sind 300.000 Bergarbeiter im Ausstand. Am 7. April wird die Münchner Räterepublik ausgerufen, am 16. April eine rote Armee gegründet. In Württemberg ist die Bewegung weniger radikal, aber auch dort findet vom 31.3. - 6.4. ein Generalstreik statt, die Regierung verschanzt sich zeitweise im Bahnhofsturm.

Am 20. April 1919 trifft Steiner in Stuttgart ein. Bei einer Besprechung mit den Aktivisten äußert er auf die Frage, ob man eher die Proletarier oder die Bürgerlichen ansprechen solle, wenn man die Bürgerlichen wirklich interessiere, werde das Proletariat schon mitziehen. Das hindert ihn aber nicht, mit letztem Einsatz als Redner besonders unter der Arbeiterschaft zu wirken.

Am 22. April findet im Stadtgartensaal ein Vortrag

für die Unterzeichner des Aufrufs statt, ein „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus“ wird begründet, dessen Arbeitsausschuß v. Blume, Kühn, Emil Leinhas, Molt, Unger, Max Benzinger und Theodor Binder angehören.

23. April: Waldorf-Astoria-Vortrag - Beginn der Volksbewegung

Am 23. April hält Rudolf Steiner einen begeisternden Vortrag vor den Arbeitern der Waldorf-Astoria-Fabrik, in dem er u.a. eine freie Bildung für alle Menschen und die Überwindung der Klassenvorrechte in Bildungsfragen fordert. In Zusammenhang mit diesem Vortrag wird dann der Entschluß zur Gründung der „Waldorfschule“ als einheitlicher Volks- und höherer Schule gefaßt, Emil Molt fordert R. Steiner auf, die Einrichtung und Leitung dieser Schule zu übernehmen, die zunächst für die Arbeiterkinder gedacht ist.

Die sich jetzt entwickelnde Bewegung erfaßt, wie sich auch aus den Reaktionen der damaligen Tagespresse ersehen läßt, breite Schichten der Bevölkerung. Die Bewegung konzentriert sich zwar auf den südwestdeutschen Raum, greift aber auf andere Gebiete über. Eine Liste vom September 1919 weist 74 Ortsgruppen des Dreigliederungs-Bundes aus. R. Steiner spricht in großen Arbeiterversammlungen, in Stuttgarter Großbetrieben, so bei Daimler, in Cannstatt, Feuerbach, Untertürkheim, Ludwigsburg, Waiblingen, später in Reutlingen, Tübingen, Ulm, Heidenheim, Maulbronn, Mannheim und Schweningen. Seine geniale Rhetorik reißt die Zuhörer mit. Mitarbeiter wie Hans Kühn helfen mit, den Impuls in die Arbeiterschaft zu tragen, wo er insbesondere bei den Anhängern der USPD auf große Resonanz stößt. Ende April erscheint das Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage“.

Betriebsrätebewegung

Eine große Rolle spielte in der Arbeiterschaft damals die Frage der Einrichtung von Betriebsräten. Die „Dreigliederer“ beteiligten sich aktiv an dem Versuch der Schaffung von Betriebsräten. Sie verstanden diese Betriebsräte aber weder im Sinne der Mehrheitssozialdemokratie als Organ des Ausgleichs zwischen „Kapital“ und „Arbeit“, deren feindlicher Gegensatz hierbei vorausgesetzt war, noch als revolutionäre Organe des „Kampfs gegen die Bourgeoisie“. Vielmehr sahen sie in ihnen Organe der betrieblichen und überbetrieblichen Selbstverwaltung und Zusammenarbeit, in denen Arbeiter und Management - auf dem Boden der Rechtsgleichheit, bei Wahrung von Verantwortungs- und Kompetenzräumen - zusammenwirken sollten. In diesem Sinne trat Rudolf Steiner in Sitzungen mit den Stuttgarter Arbeitersausschüssen auf (die erste fand am 8. Mai statt). Der Arbeiter Siegfried Dorfner (USPD) spricht auf einer Versamm-

lung am 16. Mai den Gedanken aus, daß auf der Basis der Dreigliederung eine Verständigung zwischen Proletariat und Bourgeoisie möglich sei und ruft aus: Als Freie und Gleiche laßt uns Brüder sein! In einem Flugblatt wird selbstbewußt formuliert: „Wählt Betriebsräte im Sinne der Dreigliederung, und ihr macht Geschichte.“

Kulturrat

Gleichzeitig suchte man, keine einseitige Entwicklung zuzulassen, und deshalb den Rätegedanken auch im Kulturleben als Selbstverwaltungsgedanken zu interpretieren und zu verankern. Am 31. Mai 1919 wurde ein Aufruf zur Gründung eines Kulturrates veröffentlicht, der von zahlreichen Künstlern und Intellektuellen, unter ihnen der Dichter Thomas Mann, unterzeichnet wurde: „Freie Geistesarbeiter“ sollen sich zusammenschließen, um die Ordnung der kulturellen Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen. Gefordert wird die freie Einheitsschule ohne Staatsaufsicht und die Abschaffung des staatlichen Berechtigungswesens, also auch der Staatsprüfungen an den Hochschulen. Diese Bemühungen um ein autonomes Kulturleben waren allerdings weniger erfolgreich als die Aktivitäten unter der Arbeiterschaft, das Engagement erschöpfte sich vielfach in der Leistung der Unterschrift. Bei Gesprächen über die Angelegenheit ergreifen die Bedenkenträger das Wort, so am 15. Juni bei einer Besprechung mit Universitätsprofessoren in Tübingen, die befürchten, die ohnehin schon großen kollegialen Rivalitäten würden ins Unermeßliche steigen, wo kein Kultusminister mehr sein Machtwort spreche.

Wachsender Widerstand

Insgesamt verändert sich die politische Großwetterlage im Laufe der ersten Jahreshälfte 1919 immer mehr zuungunsten der fortschrittlich gesinnten Kräfte. Bereits im April hatten die Freikorps begonnen, die Münchner Räterepublik niederzuwerfen. Die reaktionären Kräfte, die zeitweilig den Kopf eingezogen und auf besseres Wetter gewartet hatten, witterten die Chance, die alte Ordnung zu restaurieren. Von dieser Seite, aber auch von mehrheitssozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, wurde die Dreigliederungsbewegung als radikal verteufelt. Funktionäre fürchteten um ihre Position und ihren Einfluß bei den Arbeitern. Revolutionäre dagegen beargwöhnten und bekämpften die Dreigliederung als Versuch eines illusionären „Klassenfriedens“. So mußte sich der Bund für Dreigliederung zunehmender Angriffe erwehren. Zudem waren viele Mitarbeiter der Bewegung überfordert, manche setzten weniger auf die eigene Kraft, sondern setzten illusionäre Erwartungen in die Parteien, an die sie die Dreigliederung bloß „herantragen“ wollen. Die Vorschläge R. Steiners wurden teilweise als rezepthaftes Programm

mißverstanden. Von Teilen der Anthroposophenschaft wurde die Kampagne nicht mitgetragen, sondern eher skeptisch und distanziert beobachtet. All diese Faktoren führten zu einer abnehmenden Aktivität auch bei vielen bisher Engagierten. So fand bereits am 14. Juni eine Versammlung der Arbeiterausschüsse vor praktisch leerem Saal statt. Auch die Wochenzeitung „Dreigliederung des sozialen Organismus“, deren erste Nummer im Juli erscheint - Chefredakteur ist Ernst Uehli - kann diesen Trend nicht umkehren.

Zwar werden die Anstrengungen zur Bildung von Betriebsräten noch weitergeführt; so erscheint am 29. Juli eine Sondernummer der Dreigliederungszeitschrift mit 50.000 Exemplaren zu dieser Thematik, aber ohne durchschlagenden Erfolg.

Insgesamt ist spätestens im September klar, daß der erhoffte Durchbruch nicht gelingen wird. Die Verhältnisse haben sich konsolidiert, die Weimarer Reichsverfassung ist in Kraft, und viele Fragen, bei denen vorher noch Gestaltung möglich schien, sind nicht mehr offen.

So war es naheliegend, sich mehr auf einzelne „Mustereinrichtungen“ zu konzentrieren, von denen man hoffen konnte, daß sie beispielgebend im Sinne einer längerfristigen Transformation der Verhältnisse wirken würden, und einen Weg kleinerer schrittweiser Veränderungen zu beginnen. (Bei einem Studienabend am 3. März 1920 spricht Steiner klar von einer „Kursänderung“.)

Moltke-Broschüre

Ein schwerer Schlag gegen die Bewegung war zuvor schon die Verhinderung des Erscheinens einer Broschüre mit den Memoiren des mit Steiner sehr verbundenen Generals von Moltke. Diese Veröffentlichung von Hintergrundmaterial zur Kriegsschuldfrage sollte ein Versuch sein, noch im positiven Sinne auf die Verhandlungen in Versailles einzuwirken. Ein Verwandter Moltkes erhielt noch vor der Auslieferung durch Molt ein druckfrisches Exemplar, was dazu führte, daß aus der Verwandtschaft heraus das Einstampfen der in 50.000 Exemplaren gedruckten Broschüre - wegen angeblicher Unrichtigkeiten - erzwungen wurde.

Die Gründung der Waldorfschule

Am 7. September 1919 findet im Stuttgarter Stadtgartensaal die festliche Eröffnung der ersten Waldorfschule statt. Ein liberales Schulgesetz aus dem Jahre 1836 hatte relativ günstige Bedingungen für die im Mai begonnenen Verhandlungen mit dem Kultusministerium geboten, so daß die notwendigen Kompromisse vertretbar blieben. Der Schulbetrieb fand in dem Gebäude des Restaurants Uhlandshöhe statt, das Molt privat für 450.000,- Mark erworben hatte. Schon bald wurde die Schule für andere Kinder ge-

öffnet, sie wuchs bald auf 420 Schüler. Den Lehrerkreis hat Rudolf Steiner im August in einer Art „Crash“-Kurs auf seine Aufgabe vorbereitet. Bei der Begrüßung der Teilnehmer dieses Kurses am 20. August äußerte er, die Gründung der Waldorfschule müsse eine Kulturtat sein, die reformierend und revolutionierend im Schulwesen wirke. In ihren sozialen Strukturen beruht die Schule bis heute auf dem Prinzip der Selbstverwaltung der in ihr Tätigen - und bleibt damit über ihre unmittelbare pädagogische Rolle hinaus ein „Vorposten“ sozialer Erneuerung.

4 21. August bis 5. September.

Der Kommende Tag AG

Im Oktober kam es zu einem Treffen wirtschaftlich tätiger Anthroposophen in Dornach. R. Steiner rief dazu auf, durch wirtschaftliche Unternehmungen die Arbeit des Goetheanum zu tragen („Leitgedanken für eine zu gründende Unternehmung“). In diesem Sinne wurde dann am 13. März 1920 „Der Kommende Tag - Aktiengesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte“ begründet, in der Schweiz entstand parallel die Futurum AG. Das Grundkapital im Frühjahr 1920 betrug 10 Mio. Mark, im Juni 25 Mio., schließlich 136 Mio. (eine Zahl, die aber wegen der Inflation zu relativieren ist). Der Kommende Tag war ein Verbund von Wirtschaftsunternehmen mit solchen des Kulturlebens, wobei daran gedacht war, daß diese Unternehmen sich gegenseitig tragen sollten;

aus den angeschlossenen Forschungseinrichtungen erhoffte man letztlich wiederum marktfähige innovative Produkte.

„Insgesamt gehörten zum Kommenden Tag bis Ende 1922 folgende Betriebe:

Zentrale, Stuttgart, Champignystrasse 17

Der Kommende Tag AG Verlag Stuttgart

Der Kommende Tag AG, Abteilung Versandbuchhandlung

Der Kommende Tag AG, Abteilung Druckerei

Der Kommende Tag AG, Abteilung Offsetdruckerei

Der Kommende Tag AG vorm. Carl Unger Maschinenfabrik, Hedelfingen

Der Kommende Tag AG, Chemische Werke, Schwäbisch Gmünd

Der Kommende Tag AG, Schieferwerk Sondelfingen

Der Kommende Tag AG, Abteilung José del Monte, Kartongefabrikanten, Stuttgart, mit Filialen in Zuffenhausen und Weil im Dorf

Pension Rühlung, Stuttgart

Der Kommende Tag AG, Zweigniederlassung Hamburg

Guldesmühle Dischingen, Hofgut, Getreidemühle und Sägewerk

Hofgut Ölhaus, O/A Crailsheim. Hofgüter Unterhueb und Lachen, O/A Leutkirch

Hofgüter Dorenwald und Lanzenberg bei Isny im Allgäu

Klinisch-therapeutisches Institut „Der Kommende Tag“

Klinisch-therapeutisches Institut „Der Kommende Tag“, Fabrikation, Schwäbisch-Gmünd

Der Kommende Tag AG, Wissenschaftliches Forschungsinstitut

Aus der Rede R. Steiners vor den Arbeitern der Waldorf Astoria-Fabrik am 23. April 1919

„Auf den materiellen Gebieten, auf den äußerlichen Wirtschaftsgebieten teilen sich heute die Menschen in zwei Klassen: in die Klasse der Bürgerlichen, die mit dem Adel verschmolzen ist, und in die Klasse der Proletarier. Der Proletarier weiß heute, weil er klassenbewußt geworden ist, was er zu fordern hat. Er ist Proletarier. Er hatte nicht die Wahl. Er wurde durch den Wirtschaftsprozeß in das Proletariat hineingeworfen. [...]

Die Sache liegt ja so, daß dieses Geistesleben in der neueren Zeit gleichzeitig heraufgekommen ist mit der Entwicklung der modernen Technik, mit der Entwicklung des seelenverödenden Kapitalismus. Da ist auch ein neueres Geistesleben heraufgekommen, aber ein solches Geistesleben, das nur ein Klassen-Geistesleben ist. [...] Und wir stehen heute vor der Notwendigkeit, nicht dieses vom Bürgertum übernommene Wissen weiter zu pflegen, sondern uns für ein freies Wissen zu entscheiden, das sich nur entwickeln kann, wenn Vorurteile überwunden werden [...] Wir müssen sehen lernen, daß das Geistesleben emanzipiert werden muß, daß es freigestellt werden muß auf sich selbst, damit es nicht mehr ein Diener der Staats- und Wirtschaftsordnung ist, sondern ein Diener dessen, was das allgemeine menschliche Bewußtsein an Geistesleben hervorbringen kann; damit das Geistesleben nicht für eine Klasse da ist, sondern für alle Menschen gleich.

Sehr verehrte Anwesende, Sie arbeiten heute von morgens an, so weit Ihre Arbeit reicht, in der Fabrik. Sie gehen aus der Fabrik heraus und gehen höchstens vorbei an den Bildungsanstalten, die für gewisse Menschen errichtet sind. In diesen Bildungsanstalten werden die fabriziert, die bisher die herrschende Klasse waren, die die Regierung geführt haben und so weiter. Ich frage Sie: Hand aufs Herz, haben Sie eine Ahnung davon, was da drinnen getrieben wird? Wissen Sie, was da drinnen vorgeht? Nichts wissen Sie. Da zeigt sich unmittelbar anschaulich die Scheidung der Klassen. Da ist der Abgrund. Was in dem Aufruf angestrebt wird, ist, daß alles, was auf geistigem Boden getrieben wird, alle angeht, und daß der geistige Arbeiter der ganzen Menschheit verantwortlich ist. Das können Sie nicht erreichen, wenn Sie nicht das geistige Leben befreien und auf sich stellen.“

Nach dem Vortrag kamen einige der Arbeiter zu Herbert Hahn, der ihnen Kurse gab, und sagten etwa: „Die Kurse, die wir bekommen, sind recht, und wir sind dankbar für sie. Wir sind aber schon ein wenig alt. Könnten nicht unsere Kinder von den ersten Jahren an in der Art unterrichtet werden, die wir jetzt kennengelernt haben? Könnte nicht solch eine Schule entstehen, wie die, von der wir gestern gehört haben?“ Und so wurde dann die Frage nach einer neuen Schule an Rudolf Steiner herangetragen.

Entnommen aus: Christoph Lindenberg: Angstfrei lernen – selbstbewußt handeln. Praxis eines verkannten Schulmodells. Reinbek 1975, S. 170 ff.

institut, Stuttgart. Der Kommende Tag AG, Wissenschaftliches Forschungsinstitut, biologische Abteilung, Stuttgart⁵
Außerdem gab es verschiedene Beteiligungen.

Die Kommende Tag AG geriet bald in Schwierigkeiten, wobei sowohl Führungsprobleme wie auch das schwierige wirtschaftliche Umfeld eine Rolle gespielt haben. Als Emil Leinhas am 22.9.1921 die Leitung übernimmt, ist die Lage bereits ziemlich verfahren. Im März 1922 muß eine „Programmbegrenzung“ vorgenommen werden. Die Waldorf-Astoria-Aktien werden abgestoßen (und von Reemtsma über einen Strohmännchen erworben). Molt wird finanziell abgefunden, verwindet diesen Schlag aber nie richtig. Schließlich muß das Unternehmen liquidiert werden. Durch große Opfer können die meisten kulturellen Einrichtungen, die zum Kommenden Tag gehören, wie die Schule und das Klinisch-Therapeutische Institut, erhalten werden. Trotz des Scheiterns muß festgehalten werden, daß der Kommende Tag nicht nur ein erster Versuch war, praktisch in Richtung auf assoziative Zusammenarbeit im Wirtschaftsleben voranzukommen, sondern auch, daß ohne ihn z.B. die anthroposophisch orientierte Pharmazie nicht denkbar wäre.

Die Oberschlesische Aktion

Im November 1920 fragt der Anthroposoph Moritz Bartsch aus Breslau bei Steiner an, wie dieser zum Gedanken einer großen Dreigliederungsinitiative in Oberschlesien stehe. Im Vertrag von Versailles war eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit Oberschlesiens festgelegt worden. Wie immer deren Ergebnis ausfallen würde - es mußte zur Unterdrückung einer Minderheit führen und damit in jedem Fall unheilvoll wirken. (Die Abstimmung am 20. März 1921 führte dann zur Teilung Oberschlesiens. Obwohl 60% für den Verbleib bei Deutschland votierten, wurde der größere Teil Polen zugeschlagen.) Rudolf Steiner sieht in der Aktion die Chance, an einem Konfliktpunkt, auf den die Augen der Weltöffentlichkeit gerichtet sind, auf eine Sozialform hinzuwirken, die ermöglicht, daß sich zwei Kulturen nebeneinander frei entwickeln. Ein Aufruf erscheint, ein Rednerkurs wird durchgeführt und eine Kampagne begonnen. Dieser Versuch, die unsinnige Abstimmung zu verhindern, stößt jedoch auf massiven Widerstand besonders aus rechten Kreisen, die darin Vaterlandsverrat sehen. Im „Völkischen Beobachter“ erschien damals ein Artikel aus der Feder Adolf Hitlers, in dem die Dreigliederung als jüdische Machenschaft zur Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker diffamiert wird. Am 15. Mai 1922 entgeht Rudolf Steiner bei einer Vortragsveranstaltung in München nur knapp einem Attentatsversuch rechtsradikaler Kreise.

⁵ Hans Kühn: Dreigliederungs-Zeit. Rudolf Steiners Kampf für die Gesellschaftsordnung der Zukunft, hrsg. von der Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum, Dornach 1978, S. 111.

Das Ende

Bei einem großen Kongreß Pfingsten 1922 in Wien, dem sogenannten West-Ost-Kongreß, setzt sich Rudolf Steiner noch einmal in der breiten Öffentlichkeit für den Dreigliederungsgedanken ein, doch muß er erkennen, daß die Bewegung zunächst gescheitert ist. Am 29. August 1922 wird das Thema letztmalig in einem Vortrag in Oxford behandelt, nachdem vorher noch ein spezieller Kurs über Erneuerungsfragen der Wirtschaftswissenschaften stattgefunden hat (der Dornacher „Nationalökonomische Kurs“, 24. Juli - 6. August 1922). Rudolf Steiner konzentriert seine Arbeitskraft nun ganz auf die Erneuerung einzelner Kulturgebiete (Kunst, Pädagogik, Religion, Medizin, Landwirtschaft). Nachdem in der Silvesternacht 1922/23 das erste Goetheanum durch Brandstiftung zerstört wird, verleiht R. Steiner der Anthroposophischen Gesellschaft durch ihre Neukonstitution bei der Weihnachtstagung 1923 eine Sozialgestalt, die zugleich wegweisend ist für eine moderne, ganz aus dem freien Wechselspiel von Initiative und sozialem Echo lebenden Gemeinschaft.

Weitere Entwicklung bis heute

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ging in eine verhängnisvolle Richtung und führte dazu, daß sich im Jahre 1933 das gerade Gegenbild einer freiheitlichen Gesellschaftsverfassung in Deutschland etablieren konnte: ein totalitärer, menschenverachtender Staat, der die Demokratie mit Füßen trat und das Kulturleben völlig unter die Botmäßigkeit seiner Politik zwang. Auf der anderen Seite hatte sich seit 1917 unter anderen Vorzeichen ein ähnlich monolithisches System in Form des Stalinismus etabliert.

Nach R. Steiners Tod (30.3.1925) haben zunächst innere Zwistigkeiten eine kraftvolle Weiterentwicklung des anthroposophischen Sozialimpulses verhindert. Dann kam die nationalsozialistische Barbarei und die mit ihr verbundene Unterdrückung der Anthroposophie in Mitteleuropa. Nach dem II. Weltkrieg hat der Ost-West-Konflikt vielfach die Suche nach sozialen Neugestaltungen blockiert. Innerhalb der anthroposophischen Bewegung stand nach dem Krieg der Wiederaufbau der Institutionen im Vordergrund, weniger das Wirken ins Große hinein. Erst die 68er Bewegung brachte erneutes Interesse für die „Dreigliederung“. Der europäische Umbruch von 1989, eine neue geschichtliche Konstellation der Offenheit, ließ solche Impulse wieder aufleben, die Kräfte, die eine wirkliche Erneuerung hätten herbeiführen können, erwiesen sich jedoch als zu schwach. Der Dreigliederungsansatz rechnet nicht wie ein dialektisch-historischer Materialismus oder der Systemansatz der Marktwirtschaft mit gesellschaftlichen Mechanismen und Automatismen, sondern stellt ganz auf das freie einsichtsvolle Handeln von Menschen ab. Ob die Möglichkeiten, die historische Konstellationen bieten,

ergriffen werden, hängt einzig von der Erkenntnis, den Fähigkeiten, Empfindungen und Willensimpulsen von Menschen ab.

Immerhin ist nach 1989 eine gewisse Belebung von Dreigliederungsbewegungen, wenn auch noch bescheidener Art, festzustellen. Hierhin gehören u.a. auch die Bildung die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, der Aufbau einer kontinuierlichen Fortbildungsarbeit auf dem sozialen Feld und verstärkte Zusammenarbeitsbemühungen im Sinne einer assoziativen Wirtschaft.

Aktuelle Bedeutung

Wenn die Dreigliederungsbewegung der Jahre 1917-1922 auch letztlich scheiterte, der praktische Versuch wiegt - als „ungewordene Geschichte“ - mehr als bloße Programme und literarische Betrachtungen. Aus den Erfahrungen der damaligen Bewegung kann immer noch unendlich viel gelernt werden: - aus ihrer Balance zwischen Utopismus und technokratischem Pragmatismus, - aus dem Versuch, sowohl die breiten Massen anzusprechen als auch ohne Berührungängste mit dem „Establishment“ umzugehen, - aus dem Sinn für historische Konstellationen und dem Gespür für das jeweils Wesentliche, - aus der Vielfalt der Arbeitsformen und der Fähigkeit, sie situationsgemäß zu variieren, - aus dem Versuch einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, - aus der Überparteilichkeit des Organisationsansatzes des Bundes für Dreigliederung, - aus den Versuchen, tiefste Menschheitsfragen (Anthroposophie) mit unmittelbar praktischen Aufgaben zu verbinden, - besonders aber aus dem stets durchgehaltenen Kurs, auf allen drei großen Feldern des gesellschaftlichen Lebens voranzuschreiten und Realitäten zu schaffen (Betriebsräte, Kommender Tag, Kulturrat, Waldorfschule usw.). Der Arbeitsansatz der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist der Versuch einer Antwort auf die Fragen, die durch den Umbruchpunkt der Mündigkeit des einzelnen für die gesellschaftliche Entwicklung aufgeworfen werden. Insofern ist dieser Arbeitsansatz relevant für eine ganze historische Epoche. Das bedeutet aber nicht, daß „Dreigliederung“ als Sammlung fertiger Antworten aufzufassen ist. Vielmehr muß sie als Beschreibung der Bedingungen aufgefaßt werden, unter denen soziale Verhältnisse bewußt durchdringbar und menschlich gestaltbar werden. Sie ist ein lebendiges Leitbild, aus dem heraus immer - entsprechend den jeweiligen konkreten Zeitforderungen - Arbeitsrichtungen und praktische Gestaltungen entwickelt werden können.

Für das Herankommen an eine solche soziale Erneuerung bleiben die folgenden Sätze aktuell, die R. Steiner seinerzeit in den „Kernpunkten“ schrieb: „Niemand wird, was hier ausgeführt ist, für eine blo-

ße Utopie halten... Denn es wird gerade auf solche Einrichtungen gedeutet, die ganz unmittelbar an jeder Stelle des Lebens aus den gegenwärtigen Zuständen heraus erwachsen können. Man wird nur zu dem Entschluß greifen müssen, innerhalb des Rechtsstaates auf die Verwaltung des geistigen Lebens und auf das Wirtschaften allmählich zu verzichten und sich nicht zu wehren, wenn, was geschehen sollte, wirklich geschieht, daß private Bildungsanstalten entstehen und daß sich das Wirtschaftsleben auf die eigenen Untergründe stellt. Man braucht die Staatsschulen und die staatlichen Wirtschaftseinrichtungen nicht von heute zu morgen abzuschaffen; aber man wird aus vielleicht kleinen Anfängen heraus die Möglichkeit erwachsen sehen, daß ein allmählicher Abbau des staatlichen Bildungs- und Wirtschaftswesens erfolge. Vor allem aber würde notwendig sein, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche sich mit der Überzeugung durchdringen können von der Richtigkeit“ der Dreigliederungsideen, „für deren Verbreitung sorgen. Finden solche Ideen Verständnis, so wird dadurch *Vertrauen* geschaffen zu einer möglichen heilsamen Umwandlung der gegenwärtigen Zustände in solche, welche deren Schäden nicht zeigen...“ Vertrauen erwächst, wenn gezeigt werden kann, „wie Neueinrichtungen sich praktisch an das Bestehende anknüpfen lassen... Verzweifeln, weil man nicht glauben kann, daß bei einer genügend großen Anzahl von Menschen auch in den Wirren der Gegenwart Verständnis sich finde für solche Ideen, wenn auf ihre Verbreitung die notwendige Energie verwandt werden kann, hieße an der Empfänglichkeit der Menschennatur für Impulse des Gesunden und Zweckentsprechenden verzweifeln. Es sollte *diese* Frage, ob man daran verzweifeln müsse, gar nicht gestellt werden, sondern *nur* die andere: was man tun solle, um die Aufklärung über vertrauenerweckende Ideen so kraftvoll als möglich zu machen.“⁶

Weiterführende Literatur

Christoph Lindenberg: Der geschichtliche Ort der Dreigliederungsinitiativen Rudolf Steiners. Eine historische Untersuchung der Jahre 1916-21. „Die Drei“, Nr. 9, September 1985, S. 641 ff.

Albert Schmelzer: Die Dreigliederungsbewegung des Jahres 1919. Rudolf Steiners Einsatz für den Selbstverwaltungsimpuls. Stuttgart 1991.

Hans Kühn: Dreigliederungs-Zeit. Rudolf Steiners Kampf für die Gesellschaftsordnung der Zukunft. Dornach 1978.

Textrevison 1.10.01.

⁶ Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. GA 23, Dornach 1976, S. 119 ff.

Konturen der Goetheschen Politik

Eine Skizze der Jahre 1775 - 1786¹

Volker Stubel

Zum 250. Geburtstag J. W. Goethes am 28.8.1999 laufen die Vorbereitungen in Frankfurt/Main, Wetzlar, Weimar und anderswo auf vollen Touren. Eine Vielzahl von Veranstaltungen, Ausstellungen, Aufführungen, Veröffentlichungen, Kolloquien usw. sind geplant. Allein Weimar - von der EU zum Jubiläum zur Kulturhauptstadt Europas 1999 gekürt - erwartet sechs bis acht Millionen Besucher, mit über eine Milliarde DM wird das Gesicht der Stadt auf Hochglanz poliert. Verfolgt man die Vorbereitungen, bleibt jedoch an mancher Stelle fraglich, inwieweit bei diesen Festivitäten Goethe und sein Werk noch im Vordergrund stehen, oder ob nicht eine - steuersubventionierte - Kulturindustrie mit „Schall und Rauch“ medienwirksame Spektakel inszeniert.

Dieser Artikel knüpft an bereits im Rundbrief erschienene Beiträge an, die sich mit der Aktualität des Themenkomplexes „Sozialimpulse des deutschen Geistes im Goethe-Zeitalter“ (K. Heyer) beschäftigen. Bisher erschienen - und noch lieferbar - sind: Udo Herrmannstorfer, *Individualität und Gemeinschaft - Wandlungsmotive in Goethes „Märchen“* (Rundbrief Nr. 4/96), und: Ekkehart Krippendorff, *Bezugspunkt deutsche Klassik* (Rundbrief Nr. 2/97).

Goethe heute

Ein Gespräch zwischen zwei „Experten“, dem Journalisten und Politiker Günter Gaus und dem Schriftsteller Peter Bichsel, zu Anfang der 80er Jahre geführt, ist für den Umgang mit dem Thema „Goethe und die Politik“ bis heute beispielhaft.² Bichsel äußert dort über Goethe: „Ich hab' den Eindruck, von Politik ist bei Goethe kaum eine Spur. (...) Dieser Mann ist an Politik total nicht interessiert.“ Gaus stimmt diesem zu und sagt: „Ich bestreite ebensowenig wie Sie, daß er sich für das, was wir heute Politik nennen, niemals wirklich interessiert hat.“ Bichsel folgert dann: „Ich glaube, politisch war er ein Technokrat.“ Und man kommt dann zu dem Schluß, daß Goethe „ein Konservativer ja, aber kein Reaktionär“ war ...

Schon 1922 prägte E. Ludwig das Wort vom „unbekannten“ Goethe, es scheint aber angesichts solcher „Expertisen“ aktueller denn je zu sein. Einseitige Goethe-Bilder werden gepflegt. Auch wenn man Goethe nur als einen Dichter sieht, heißt das, ihn in wesentlichen Bereichen seines Lebens zu verkennen - und ihn damit auch zu verfälschen. Dieses gilt nicht nur für seine naturwissenschaftlichen Leistungen, sondern auch für seine politischen. Dieser „unbekannte Goethe“ erweist sich als Wegbereiter einer

Politik im Sinne der Dreigliederung, über die R. Steiner einmal äußerte: „Wenn man von der Politik redet, so möchte man sagen: Es müßte danach gestrebt werden, daß die Politik in allem überwunden wird, selbst in der Politik.“³

Verfehlt Politik: „Unheil für Tausende und Millionen“

Goethe war „durch und durch“ auch ein politischer Mensch, der Zeit seines Lebens nicht nur die großen politischen Ereignisse kritisch verfolgte, sondern auch als Minister produktiv mitgestaltete: Über 56 Jahre war Goethe im Weimarischen Staatsdienst tätig. Modern ausgedrückt war er - zeitweilig zugleich - Minister des Innern, der Verteidigung, für Verkehr, für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft, Minister der Finanzen und des Auswärtigen. In seiner Epoche, der zu Recht nach ihm benannten „Goethezeit“, fanden jene gewaltigen gesellschaftlichen Umbrüche statt, die noch heute vielfach unser kulturelles, politisches und wirtschaftliches Leben beeinflussen: Die Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (I. Kant) brachte den Ruf nach Demokratie und Menschenrechten, technische Erfindungen und die von A. Smith formulierten

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Autor am 27.11.1997 im Rahmen der Christengemeinschaft Düsseldorf gehalten hat.

2 Abgedruckt in: Harald Eggebrecht (Hrsg.): *Goethe - Ein Denkmal wird lebendig*. München 1982. S. 80 ff.

3 Dritte Seminarbesprechung beim „Nationalökonomischen Kurs“ (2.8.1922). Nationalökonomisches Seminar, Gesamtausgabe-Nr. 341. Dornach ³1986. S. 42.

Gesetze der Marktwirtschaft läuteten den Beginn der Industrialisierung ein. Goethe war sich dessen bewußt und stellte gegenüber Eckermann 1824 fest:

„Ich habe den großen Vorteil (...), daß ich zu einer Zeit geboren wurde, wo die größten Weltbegebenheiten an die Tagesordnung kamen und sich durch mein langes Leben fortsetzten, so daß ich vom Siebenjährigen Krieg, sodann von der Trennung Amerikas von England, ferner von der Französischen Revolution, und endlich von der ganzen Napoleonischen Zeit bis zum Untergange des Helden und den folgenden Ereignissen lebendiger Zeuge war.“⁴

Die Möglichkeit, in der Politik tätig zu werden, veranlaßte Goethe, sich überhaupt für das kleine Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach näher zu interessieren und 1775, im Alter von 26 Jahren, dorthin zu gehen - um bis zu seinem Tode 1832 dort zu bleiben.

So soll hier der Versuch unternommen werden, einige Grundzüge der Goetheschen Politik näher herauszuarbeiten. Die Betrachtung fußt auf der Frage nach dem Verhältnis von *Politik und Menschlichkeit*. Wie und unter welchen Umständen kann politisches Handeln sich orientieren an den Maßstäben der Menschlichkeit? Goethe bewegte diese Grundfrage sein Leben lang. Er erkannte hier einen tiefen Gegensatz, denn wie oft hatte er miterleben müssen, daß aus einer verfehlten Politik, aus „Pfuscherei in Staatsangelegenheiten (...) für Tausende und Millionen nichts als Unheil hervorgeht“⁵, wie er wenige Wochen vor seinem Tode aussprach. Und dies ist - vom Kosovo und Sudan bis China - auch heute noch unsere Wirklichkeit.

Welche praktischen Möglichkeiten der Abhilfe sah - und ergriff - Goethe aber in seinem Wirkungskreis, um diesem Problem zu begegnen? Seine politische Hauptaktivität als Minister in Weimar entfaltete Goethe in dem Zeitraum von 1775 bis 1786, bis zu seiner Italienreise. In diesen Jahren war Goethe so intensiv und vielfältig in der Politik tätig, wie sonst später in seinem Leben nicht mehr.

Hier liegt deshalb der Schwerpunkt dieser Skizze. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Goethes Taten als Minister in Weimar, die, wie er selbst einmal äußerte, einen Menschen am besten zu beschreiben vermögen. So heißt es im Vorwort der von ihm verfaßten *Farbenlehre*:

„Vergebens bemühen wir uns, den Charakter eines Menschen zu schildern; man stelle dagegen seine Handlungen, seine Taten zusammen, und ein Bild des Charakters wird uns entgegentreten.“⁶

Miteinbezogen in diesen Blick auf seine amtlichen

4 Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. Wiesbaden 1955. 25.2.1824, S. 83.

5 Zu Eckermann, Anfang März 1832. Gespräche mit Goethe, a.a.O., S. 476.

6 Hamburger Ausgabe (HA), Band 13, S. 315. Vgl. auch dazu im Matthäus-Evangelium (7/20): „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Tätigkeiten bis 1786 wird ein Werk Goethes aus dieser Zeit, die *Iphigenie auf Tauris*. Der vor einigen Jahren verstorbene Germanist Friedrich Sengle formulierte etwas verhalten, aber höchst provozierend in bezug auf die soziale Frage: „Es wäre (...) möglich, festzustellen, daß die *Iphigenie* weiter in die Zukunft führte als die Französische Revolution und der Marxismus.“⁷

Diese Auffassung mutet auf den ersten Blick befremdlich an. Wie sollte es möglich sein, daß ein von Goethe bearbeiteter antiker Dramenstoff für heutige Politik aktueller ist als die beiden oben genannten zentralen Themen der Neuzeit? Wie kaum andere Ereignisse haben doch die Französische Revolution und der Marxismus das soziale Leben im 19. und 20. Jahrhundert geprägt.

In der *Iphigenie* formuliert Goethe aber nicht nur literarisch seine Kritik an der Politik, sondern setzt auch konstruktiv weiterführende Bedingungen für eine neue, menschliche Politik dagegen. Im Drama spiegelt sich exemplarisch Goethes konkret-utopisches Selbstverständnis als Politiker wider.

Goethes Weg nach Weimar: Justus Möser und Herzog Carl August

Wie kam es überhaupt dazu, daß Goethe sich in Weimar niederließ? Diese Frage hängt, wie schon erwähnt, unmittelbar mit der Politik zusammen. In seiner Autobiographie *Dichtung und Wahrheit* beschreibt Goethe die allererste Begegnung mit Herzog Carl August von Weimar (1757-1828), der gerade in Frankfurt auf der Durchreise war, im Dezember 1774. Und gleich das erste Gespräch zwischen den beiden drehte sich um Politik. O-Ton Goethe:

„Es lagen nämlich Justus Möser's ‚Patriotische Phantasien‘, und zwar der erste Teil, frisch geheftet (...) auf dem Tische. Da ich sie nun sehr gut, die Gesellschaft sie aber wenig kannte, so hatte ich den Vorteil, davon eine ausführliche Relation liefern zu können; und hier fand sich der schicklichste Anlaß zu einem Gespräch mit einem jungen Fürsten, der den besten Willen und den festen Vorsatz hatte, an seiner Stelle entschieden Gutes zu wirken.“

Möser's Darstellung, so dem Inhalt als dem Sinne nach, muß einem jeden Deutschen höchst interessant sein. Wenn man sonst dem Deutschen Reiche Zersplitterung, Anarchie und Ohnmacht vorwarf, so erschien aus dem Möserischen Standpunkte gerade die Menge kleiner Staaten als höchst erwünscht zur Ausbreitung der Kultur im einzelnen, nach den Bedürfnissen, welche aus der Lage und Beschaffenheit der verschiedensten Provinzen hervorgehn; (...).“⁸

7 Friedrich Sengle: Neues zu Goethe – Essays und Vorträge. Stuttgart 1989. S. 34.

8 HA 10, S. 52.

Justus Möser (1720-1794), Publizist und Historiker, war im Fürstbistum Osnabrück als oberster Regierungsbeamter tätig. Und man kann Möser als ein politisches Vorbild für Goethe ansehen.

Im Kern zielen Möasers politische Ideen auf Föderalismus, auf regionale Selbstverwaltung. Besonders die Rolle der Kleinstaaten im Deutschen Reich betonte er, es gab damals über 300 solcher Einzelstaaten, und wies diesen einen positiven Wert zu - im Gegensatz zu der damals weit verbreiteten Haltung, Zerstückelung („Krähwinkelei“) und Machtlosigkeit des Deutschen Reiches zu bemängeln. Hier taucht der Gedanke der antiken griechischen Polis, des eigenständigen, überschaubaren, bürger-nahen und selbstverwalteten Stadtstaates wieder auf - ganz nach dem Motto: Small is beautiful.

Goethe übernahm von Möser die Idee eines dezentralisierten Föderalismus im Sinne eines Staatenbundes - nicht eines Bundesstaates - und sah den Föderalismus als ein wichtiges Strukturprinzip Mitteleuropas an: Weimar als Athen des Nordens. Wenn heute von einem Europa der Regionen gesprochen wird, sollte man sich dieser Tradition wieder bewußt werden und konsequent aus dem Prinzip der Subsidiarität heraus politische Macht an die Kommunen und Gemeinden zurückbinden. Im Sinne des aktuellen Slogans „Global denken, lokal handeln“ wäre Goethe durchaus als ein Vorläufer dieser Idee zu nennen.

Goethe konnte den acht Jahre jüngeren und noch nicht volljährigen Herzog für die politischen Gedanken Möasers gewinnen. Sie wurden zur Ausgangsbasis ihrer gemeinsamen Politik, das Herzogtum in dieser Richtung umzugestalten. Der Herzog war von Goethe so angetan, daß er diesen zu sich nach Weimar einlud - und Goethe nahm diese Einladung gerne wahr. Sein Tagebuch notiert unter dem 30.10.1775: „Projekte, Plane, Aussichten“⁹. Am 7.11. traf Goethe in Weimar ein.

„Weltrolle“ zwischen Hofstadt und Dorf

Weimar im Jahre 1775: eine kleine, ärmliche Provinzstadt mit ungefähr 6.000 Einwohnern (1994: 58.800), dörflichem Charakter und engen, schmutzigen Gassen. Das Schloß und das Hoftheater waren 1774 durch ein Feuer vernichtet worden. Ein durch Weimar fahrender Reisender schreibt noch 1796: „Man dürfe sich nicht weit von den Hauptstraßen entfernen, wolle man Winkel und Löcher vermeiden, welche dem Ort gänzlich das ‚armselige Ansehen einer nahrlosen Landstadt‘ gäben.“¹⁰ Herder titulierte in einem Brief an Knebel Weimar als ein „unseliges

„Wenn wir auf den großen Ruhm der vielen kleinen griechischen Republiken zurückgehen und nach der Ursache forschen, warum so manches Städtchen, was in der heutigen Welt nicht einmal genannt werden würde, so großes Aufsehen gemacht, so ist diese, daß jedes sich seine eigene religiöse und politische Verfassung erschaffen und mit Hilfe derselben seine Kräfte zu einer außerordentlichen Größe gebracht habe (...). Dergleichen kleine Einrichtungen lassen sich im großen gar nicht machen. Sie sind bloß das glückliche Spiel kleiner Städte oder Koterien; und so sollte eine Landesobrigkeit diesen Geist zu erwecken und durch dienstliche Begünstigungen oder Belohnungen zu befördern suchen. Vielleicht hätten wir dann auch unsere Solonen [Schöpfer der Verfassung in Athen 594 v. Chr., VS] und Lykurgos [Schöpfer einer Verfassung von Sparta im 7. Jahrhundert v. Chr., VS]. (...) Wie angenehm würde es nicht für Reisende sein, auf jeder Station gleichsam eine besondere Art von Menschen zu sehen und in jedem Hafen ein neues Otahiti zu finden! Wie viele Philosophen würden nicht reisen, um das mannigfaltige Kunstwerk, den Menschen, zu sehen!“

Justus Möser, Patriotische Phantasien

Mittelding zwischen Hofstadt und Dorf“¹¹. Das Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach umfaßte insgesamt 100.000 Einwohner.

Hatte es Goethe 1775 „nötig“, dorthin, nach Weimar, zu gehen? Er war zu diesem Zeitpunkt einer der gefragtesten Schriftsteller in Deutschland, sein *Werther* und der *Götz von Berlichingen* hatten ihn berühmt gemacht. Was konnte ihn dort reizen, wenn nicht Aufgaben in der Politik, in einem geistig ansprechenden kulturellen Umfeld? Und dies war in Weimar - im Gegensatz z.B. zu Frankfurt - gegeben.¹² Insbesondere Christoph Martin Wieland, von der Herzogin Anna Amalia für die Erziehung der beiden Prinzen nach Weimar berufen, war als Dichter und Übersetzer bekannt, und zwischen ihm und Goethe hatte sich schon nach kurzer Zeit eine intensive Arbeitsbeziehung und herzliche Freundschaft entwickelt.

Die Entscheidung für Goethe, länger in Weimar zu bleiben und sich hier politisch zu engagieren, war im Laufe des Januar und Februar 1776 gefallen, nachdem Goethe die Umstände und Möglichkeiten in Weimar kennengelernt hatte. So schreibt Goethe in einem Brief:

„Ich bin nun ganz in alle Hof- und politische Händel verwickelt und werde fast nicht wieder weg können. Meine Lage ist vortheilhaft genug, und die Herzogthümer Weimar und Eisenach immer ein Schauplatz, um zu versuchen, wie einem die Weltrolle zu Gesichte stünde. Ich übereile mich drum nicht, und Freiheit und Gnüge werden die Hauptconditionen der neuen Einrichtung seyn, ob ich gleich mehr als jemals am Platz bin, das durchaus Scheisige dieser zeitlichen Herrlichkeit zu erkennen.“¹³

Der Quereinstieg eines jungen Literaten - Goethe war ja erst 26 Jahre alt (!) - in eines der höchsten politischen Ämter stieß auf erheblichen Widerstand innerhalb der Kreise am und um den Hof. Nicht nur, weil Goethe nicht eine der üblichen langwierigen

11 Zit. n. Dorothea Hölscher-Lohmeyer: Johann Wolfgang Goethe. München 1991. S. 39.

12 Vgl. zur „Literaturgeographie“ Karl-Heinz Hahn (Hrsg.): Goethe in Weimar - Ein Kapitel deutscher Kulturgeschichte. Leipzig² 1991. S. 13.

13 An Merck, 22.1.1776. Hamburger Ausgabe Briefe (HAB), Band 1, S. 205.

9 Weimarer Ausgabe (WA), III., Band 1 (78), S. 9.

10 Karl Otto Conrady: Goethe - Leben und Werk, Band 1. Frankfurt/Main 1988. S. 309.

Beamtenlaufbahnen eingeschlagen hatte, in denen man sich langsam hochdient - immerhin war Goethe ja promovierter Jurist -. Sondern der Grund lag mehr noch darin, daß Goethes Werke - und allen voran der *Werther* - in Form und Inhalt die Normen und Maßstäbe der Gesellschaft in Frage stellten und weit überschritten. Der gerade erschienene Briefroman wurde vielerorts verboten, so in Sachsen, dem Nachbarstaat zum Herzogtum Weimar (konfiszierte Bücher wurden dort verbrannt), andere Staaten folgten dem Beispiel. Noch im September 1776, als Goethe schon offiziell Minister geworden war, wurde das Buch in Dänemark verboten. Über das Schicksal des *Werther* in Italien berichtete Goethe selbst einmal höchst ironisch:

„Von meinem ‚Werther‘ (...) erschien sehr bald eine italienische Übersetzung in Mailand. Aber von der ganzen Auflage war in kurzem auch nicht ein einziges Exemplar mehr zu sehen. Der Bischof war dahinter gekommen und hatte die ganze Edition von den Geistlichen in den Gemeinden aufkaufen lassen. Es verdroß mich nicht, ich freute mich vielmehr über den klugen Herrn, der sogleich einsah, daß der ‚Werther‘ für die Katholiken ein schlechtes Buch sei, und ich mußte ihn loben, daß er auf die Stelle die wirksamsten Mittel ergriffen, es ganz im stillen wieder aus der Welt zu schaffen.“¹⁴

Dies alles aber mußte sich auch auf Goethes Akzeptanz in Weimar erheblich auswirken. Hatte man mit dem jungen „Feuerkopf“ Carl August schon genügend Sorgen, so mußte das Hinzutreten eines Stürmers und Drängers, eines revolutionären und „polizeiwidrigen“ (H. Houben) Genies brave Beamtenseelen (denen individueller Geist heute immer noch vielfach suspekt ist) „das Schlimmste“ um die Ordnung im Staate fürchten lassen. Goethe:

„Ich bin nun ganz eingeschifft auf der Woge der Welt - voll entschlossen: zu entdecken, gewinnen, streiten, scheitern, oder mich mit aller Ladung in die Luft zu sprengen.“¹⁵

Damit gab Goethe vor Ort weiteren Anlaß zu der Befürchtung, in Weimar bliebe kein Stein auf dem anderen. Und: Goethe war vor allem auf ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zum Herzog als absolutistischen Machthaber angewiesen. Um dies zu entwickeln und aufzubauen, veranstaltete Goethe mit dem Herzog und einigen Freunden allerhand „Schwänck und Schabernack“¹⁶. Dazu Goethe:

„Er war damals sehr jung, (...) doch ging es mit uns freilich etwas toll her. Er war wie ein edler Wein, aber noch in gewaltiger Gärung. Er wußte mit seinen Kräften nicht wohin, und wir waren oft sehr nahe am Halsbrechen. Auf (...) Pferden über Hecken, Gräben und durch Flüsse, und bergauf bergin sich tagelang abarbeiten, und dann nachts unter freiem Himmel kampieren, etwa bei einem Feuer im Walde: das war nach seinem Sinne. Ein Herzogtum geerbt zu haben, war ihm nichts, aber hätte er sich eins erringen, erjagen und erstürmen können, das wäre ihm etwas gewesen. (...). Ich leugne nicht, er hat mir anfänglich manche Not und Sorge gemacht. Doch seine tüchtige Natur reinigte sich bald und bildete sich

bald zum besten, so daß es eine Freude wurde, mit ihm zu leben und zu wirken.“¹⁷

Das Vertrauen Carl Augusts konnte Goethe also gewinnen; aufgrund seiner pädagogischen Methoden - die wir heute vielleicht unter die Kategorie der Natur- und Abenteuerpädagogik einordnen würden - das aus dem Umfeld des Herzogs freilich weniger. Fritsch, der Präsident des „Geheimen Conseil“ (dem damaligen Kabinett bzw. Ministerrat), drohte Carl August mit seinem Rücktritt, wenn Goethe in das Conseil als Minister aufgenommen werden würde. Im April 1776 schrieb Fritsch an den Herzog:

„So bleibt mir nichts mehr übrig als (...) zu deklarieren, daß ich in einem Collegio, dessen Mitglied gedachter Dr. Goethe anjetzt werden soll, länger nicht sitzen kann.“¹⁸

Nur ein scharfer Protest des Herzogs konnte den Amtsantritt Goethes ermöglichen.

Ministerielle Tätigkeiten: „Regieren!“¹⁹

Bei Goethes amtlichen Tätigkeiten im ersten Weimarer Jahrzehnt sind zwei verschiedene Bereiche zu unterscheiden: Auf der einen Seite die regelmäßigen Sitzungen des Geheimen Conseil, des Kabinetts des Herzogs, auf der anderen Seite eine Anzahl von Ressorts, speziellen Kommissionen und Sonderaufgaben, die Goethe nur zeitweilig übernahm.

Gegenüber der Beamtenschaft stand in einem absolutistischen Staat wie in Weimar der Hof und die Hofgesellschaft, und „der Hof war (...) das eigentliche Machtzentrum“.²⁰

Goethe mußte sich diesen Verhältnissen anpassen - „Ich werd (...) mein Rolle so gut spielen als ich kann“²¹ - und sich als „Parvenu“²², als bürgerlicher Emporkömmling, wie er sich selbst bezeichnete, in diese adlige Welt der Etikette und Eitelkeiten, in diese „Grauzone der Macht“²³ einleben.

Im Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach gab es insgesamt drei Hofhaltungen. Allen voran stand natürlich der Hof des Herzogs Carl August und seiner Frau Luise Auguste. Des weiteren gab es den Hof der Herzoginmutter Anna Amalia (1739-1807), und den des Prinzen Constantin (1758-1793), dem jüngeren Bruder von Carl August und bei dessen eventuellem Tod der Thronfolger. Goethe tat sich schwer mit dem Hofzwang und blieb dieser Welt lange fremd. Das Ausschweifen durch Wald und Flur mit dem Herzog war auch ein Umgehen dieser Welt. In einem Brief an Charlotte von Stein schreibt Goethe von einer Reise

17 Eckermann, Gespräche mit Goethe, a.a.O., 23.10.1828, S. 650 ff.

18 Wilhelm Bode (Hrsg.): Goethe in vertraulichen Briefen seiner Zeitgenossen, Band 1. München 1982. S. 176.

19 WA III.1 (78), Tagebuch, 8.10.1777, S. 51.

20 Hahn, Goethe in Weimar, a.a.O., S. 53 f.

21 Brief an Johanna Fahlmer vom 14.2.1776., HAB 1, S. 207.

22 So bezeichnete Goethe sich selbst 1824 gegenüber dem Kanzler Müller. Kanzler Friedrich von Müller: Unterhaltungen mit Goethe. München 1982. 31.3.1824, S. 121.

23 Hahn, Goethe in Weimar, a.a.O., S. 54.

14 Eckermann, Gespräche mit Goethe, a.a.O., 3.4.1829, S. 315.

15 6.3.1776 an Lavater, HAB 1, S. 209.

16 Brief an Johanna Fahlmer, 14.2.1776, HAB 1, S. 208.

durch Thüringen über die verschiedenen Hofbesuche, wie sehr er eine „Comödie zu spielen“²⁴ habe.

Das Geheime Conseil

Das Geheime Consilium, in dem Goethe nun saß, bestand aus drei Mitgliedern mit Sitz und Stimme. Die Ministerrunde tagte meist einmal pro Woche. Verhandelt wurden im Conseil sämtliche das Herzogtum betreffende Angelegenheiten. In der Registratur der Kanzlei wurden sie in acht Sparten unterteilt:²⁵

- A. Angelegenheiten des Fürstlichen Hauses und der Sächsischen Häuser: Beziehungen zu Kaiser und Reich und zu den Reichsständen
- B. Militärsachen
- C. Angelegenheiten der Universität Jena
- D. Rechts-, Gerichts- und Lehnswesen; Angelegenheiten der inneren Landesverwaltung; Ämtersachen
- E. Finanzverwaltung; Forst- und Jagdsachen; Bauwesen
- F. Geistliche Angelegenheiten; Kirchen- und Schulsachen
- G. Angelegenheiten der Landstände; Steuersachen
- H. Beamten-, Diener und Gnadensachen; Hofangelegenheiten

Die verhandelten Fälle waren oft Banalitäten. Da ging es um die „Bestrafung eines dem Trunke verfallenen Studenten“, um die „Bezahlung der Gehilfen bei großen Trauergeläuten“, um den „Bau neuer Fleischstände in Weimar“, um die „Beschaffung wildlederener Hosen für das Husarenkorps“, um die „Abgabe des Bierpfennigs im Eisenacher Landesteil“ oder um die „Verlegung der Poststation Butteltstedt nach Weimar“.²⁶

Doch auch diese „kleinen Angelegenheiten“ wollten genau und ordentlich behandelt sein, und Goethe war sich nicht zu schade, hier genauso gewissenhaft zu sein, wie in anderen Dingen. Goethe tauchte in diese Geschäfte gänzlich ein.

In seiner Funktion als Legationsrat mußte Goethe in allen Fällen sich sachkundig machen, Gutachten erstellen, Protokolle schreiben und vor Ort recherchieren. Bis zu seiner Reise nach Italien hatte er insgesamt in über 500 wöchentlichen Sitzungen mitgewirkt, bei denen an die 23.000 Fälle verhandelt worden waren.²⁷

Temporäre Sonderaufgaben

Neben dieser regelmäßigen Arbeit im Consilium wurde Goethe vom Herzog als „Sonderbeauftragter in allerlei heiklen Angelegenheiten“ (F. Sengle) berufen. Es waren hier Aufgaben zu übernehmen, die zeitlich begrenzt waren. In diesen Bereichen hatte Goethe einen großen Spielraum und zeichnete - in Abstimmung mit dem Herzog - allein verantwortlich. Diese Sonderaufgaben lassen sich in zwei große Bereiche einteilen: auf der einen Seite waren es militäri-

sche und polizeiliche Fragen, auf der anderen Fragen der Wirtschaft, der Finanzen und des Verkehrs.

Krieg und Frieden

Am 5. Januar 1779 übernimmt Goethe mit dem Titel eines Kriegskommissars den Vorsitz der Kriegskommission. Dabei verringert er die Stärke der Infanterie von 532 auf 248 Mann.²⁸ Eine weitere Reduzierung war unmöglich, da die Soldaten gleichzeitig Polizeiaufgaben wahrzunehmen hatten. Das Herzogtum, ohnehin schon in drei voneinander getrennte Gebiete geteilt, wäre sonst nicht mehr gegen Landstreicherei, Diebstahl usw. zu regieren gewesen. Auch wurden die Husaren vielfach als Kuriere usw. eingesetzt. (So beförderten sie viele der Briefe zwischen Goethe und Charlotte von Stein. - Heute ziehen wir die Grenzen zwischen Amtlichem und Privaten genauer, wie z.B. die „Affäre“ um die Bundestagspräsidentin R. Süßmuth wegen umstrittener Privatflüge in die Schweiz auf Staatskosten zeigte.)

Goethe dürfte damit einer der wenigen Verteidigungsminister in der Geschichte überhaupt gewesen sein, die freiwillig und einseitig abrüsteten. Zum Kanzler Müller wird Goethe 1824 äußern:

„In die Kriegskommission trat ich bloß, um den Finanzen durch die Kriegs-Kasse aufzuhelfen, weil da am ersten Ersparnisse zu machen waren.“²⁹

Der finanzielle Erfolg war enorm: Hatte die Kriegskommission 1779 einen Etat von 75.000 Reichstalern zur Verfügung, so waren es 1786, als Goethe nach Italien aufbrach, nur noch 30.000.³⁰ Der Herzog, der sich „für Pferde und Soldaten am meisten interessierte“³¹, trat bald darauf in preußische Dienste und übernahm dort ein Regiment; er konnte vom Militär nicht lassen. Die „Kriegslust“ stecke dem „Prinzen wie eine Krätze unter der Haut“, formulierte Goethe in bezug auf Carl August.³² 1792 zog dann der Herzog bekanntlich an vorderster Front im Koalitionskrieg der Alliierten in der *Campagne in Frankreich* zu Felde.³³

Aber es steckten außer der Einsicht in die Unproduktivität militärischer Mittel und ihre ökonomischen Belastungen des Staatshaushaltes noch andere Gesichtspunkte hinter der Abrüstung in Weimar. Die großen Zeitereignisse waren immer mit militärischen Auseinandersetzungen aufs engste verknüpft. Sei es

28 Vgl. Hölcher-Lohmeyer, Goethe, a.a.O., S. 42.

29 Kanzler Müller: Unterhaltungen mit Goethe, a.a.O., 31.3.1824, S. 121.

30 Vgl. Hahn, Goethe in Weimar, a.a.O., S. 110. Kurz angemerkt sei an dieser Stelle, daß seit 1994 Weimar nicht mehr Militärstandort ist; im Zuge der Bundeswehrreform wurde das „Verteidigungskreiskommando 711 Weimar“ aufgelöst.

31 Sengle, Neues zu Goethe, a.a.O., S. 27.

32 Zit. nach Hans Wahl: Vom Kriegskommissar Goethe und seinen Soldaten, in: Goethe – Kalender, 35. Jahrgang, o.O. 1942.

33 Vgl. dazu Ekkehart Krippendorff: Campagne in Frankreich – Goethes „Antipolitik“, in: Hartmut Elsenhans et. al. (Hrsg.): Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebuhr zum 65. Geburtstag. Opladen 1989. S. 22–35.

24 Brief vom 12.5.1782, HAB 1, S. 396.

25 S. dazu Amtliche Schriften (AS), Band 1, S. XLIV.

26 Alle Amtsvorgänge finden sich in AS 1.

27 Vgl. AS 1, S. LXXXII

der Siebenjährige Krieg, der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg, sei es die Französische Revolution und die darauf folgenden Napoleonischen Kriege - die systematische Anwendung militärischer Gewalt gehörte zum politischen Alltag. Für Goethe dagegen war der Frieden eines der höchsten Güter und Ziele der Politik überhaupt. Der Politologe Ekkehart Krippendorff schreibt: „Wenn es eine zentrale politische Leitidee bei Goethe gibt, dann ist es die des Friedens.“³⁴ Gewalt, Militär (als organisierte Gewalt), Krieg und Revolution waren für Goethe genauso zusammengehörig wie Kultur, Frieden und Evolution (die für Goethe sich niemals statisch-konservativ, sondern immer dynamisch-progressiv darstellte).

„Ich bin ein Kind des Friedens und will Friede halten für und für, mit der ganzen Welt, da ich ihn einmal mit mir selbst geschlossen habe“³⁵,

schreibt Goethe im Oktober 1787 aus Rom an Herder, nachdem er von dem Gerücht eines preußischen Einmarsches in Amsterdam gehört hatte. Zu Riemer äußerte er 1806, als Napoleon das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ zerschlug:

„Der Krieg ist in Wahrheit eine Krankheit, in der die Säfte, die zur Gesundheit und Erhaltung dienen, nur verwendet werden, um ein Fremdes, der Natur Ungemäßes zu ernähren.“³⁶

Die Quittung für den großen militärischen Ehrgeiz, für das Spielen mit der Macht, das Carl August betreibt, bekommt dann das gesamte Herzogtum und insbesondere Weimar zu spüren, als 1806 französische Truppen die Stadt plündern und brandschatzen. Nur durch das tapfere Auftreten seiner Lebensgefährtin Christiane Vulpius entgeht Goethe dabei knapp dem Tode.

Daß derjenige, der Waffen hat, diese auch einsetzt, und daß das Militär, welches angeblich Sicherheit schaffen soll, die erste Bedrohung für eben diese Sicherheit und den Frieden darstellt, war Goethe bewußt; so schrieb er in der *Achilleis*: „Wer Waffen schmiedet, bereitet Krieg und muß davon der Zither Klang nicht erwarten.“³⁷ Abrüstung war für Goethe nicht nur eine finanzielle Notwendigkeit, sondern gleichsam die Voraussetzung für die friedvollen Klänge der Kultur. In Goethes *Maximen und Reflexionen* findet sich folgende Sentenz: „Einen gerüsteten, auf die Defensive berechneten Zustand kann kein Staat aushalten.“³⁸ Hier beschreibt Goethe die Gefährlichkeit eines stehenden Heeres für einen Staat, der von der Illusion eines bloß auf Verteidigung angelegten Militärs ausgeht; in der Praxis hatte Goethe zu seiner Zeit immer wieder erfahren müssen, daß hier ein Trugschluß vorliegt: „Wie die Großen mit den Men-

schen spielen“³⁹, d.h., wie die absolutistischen Machthaber den Krieg skrupellos zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele verwenden, war für Goethe eine unmittelbare Erfahrung geworden. Das beste Beispiel dafür war Preußen unter Friedrich II. (1712-1786), eben auch „der Große“ genannt.

Preußen konnte nur aufgrund seiner militärischen Stärke im europäischen Staatensystem einen Platz als „Juniorpartner“ zu Anfang des 18. Jahrhunderts einnehmen. Der Preis, der für das Mitspielen in der „großen“ Politik zu entrichten war, war immens: in die Armee flossen „vier Fünftel der Steuereinnahmen des Staates“⁴⁰, der Siebenjährige Krieg (1756-63) forderte allein auf Preußens Seite 500.000 Tote, davon 320.000 Zivilisten⁴¹.

Alle Reformen, die im sog. Aufgeklärten Absolutismus unter Friedrich II. in Preußen durchgeführt wurden, waren ein Mittel zum Machterhalt und zur Machterweiterung. In seinem „Politischen Testament“ schrieb Friedrich II. prägnant dieses Kernstück seiner Staatsphilosophie nieder:

„Eine gut geleitete Staatsregierung muß ein festgefügt System haben (...). Alle Maßnahmen müssen gut durchdacht sein. Finanzen, Politik und Heerwesen auf ein gemeinsames Ziel steuern: *nämlich auf die Stärkung des Staates und das Wachstum seiner Macht* [Hervorhebung VS]. Ein System kann aber nur aus einem Kopf entspringen; also muß es aus dem des Herrschers hervorgehen. (...) Der Herrscher ist der erste Diener des Staates.“⁴²

Gerade das bekannte Bonmot vom „ersten Diener des Staates“ - so ethisch es vielleicht zuerst klingt - drückt tatsächlich aus, daß alle Menschen dem Staat untergeordnet sind. Wo jemand der erste Diener ist, gibt es auch einen zweiten, einen fünfzigsten, einen tausendsten usw. Hier ist der Mensch um des Staates willen, anstatt der Staat um des Menschen willen da. Die Staatsraison gestaltet sich zum Selbstzweck, der Mensch wird in seiner individuellen Würde degradiert und zu einem „Ding“, zu einem Objekt in der Hand der Mächtigen: „Wie die Großen mit den Menschen spielen“. Friedrich II. brachte diese menschenverachtende Haltung deutlich auf den Punkt, als er bei einer Schlacht seinen Soldaten, die bei einem Angriff zögerten, in den sicheren Tod zu gehen, wütend zubrüllte: „Ihr Hunde, wollt ihr denn ewig leben?“⁴³

39 HAB 1, S. 249, Brief an Charlotte von Stein auf der Reise nach Berlin und Potsdam (!) mit Carl August.

40 Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte – Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt/Main 1991. S. 156.

41 S. Kennedy, Aufstieg und Fall, a.a.O., S. 189.

42 Friedrich II.: Das Politische Testament von 1752. Stuttgart 1974. S. 52 f.

43 Zit. n. Katharina Mommsen: Der politische Kern von Goethes „Elpenor“, in: Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts 1991. Tübingen 1991. S. 21–56. Zitat S. 37.

34 Ekkehart Krippendorff: „Wie die Großen mit den Menschen spielen“ – Versuch über Goethes Politik. Frankfurt/Main 1988. S. 110.

35 HA 11, S. 418.

36 Zit. n. Emil Ludwig: Vom unbekanntem Goethe – Eine neue Anthologie. Berlin 1922. S. 68.

37 HA 2, S. 519, Vers 120 ff.

38 HA 12, S. 383.

Wirtschaft und Finanzen⁴⁴

Der wichtigste wirtschaftliche Produktionszweig in Weimar war die Landwirtschaft. Als Industrie gab es außer dem Bergbau in Ilmenau nur noch die Textilherstellung mit dem Schwerpunkt in Apolda - dort wurden pro Jahr etwa 500.000 Socken hergestellt. Die Finanzkraft des Herzogtums war dementsprechend klein. Die Ausgaben der verschiedenen Höfe überschritten die Steuereinnahmen bei weitem. Hinzu kamen Mißwirtschaft und Verschwendung. Das Herzogtum befand sich in einer permanenten Finanzkrise bis Goethe 1782 die Kammer, die oberste Finanzbehörde, übernahm und innerhalb von vier Jahren bis zu seiner Italienreise den Staatshaushalt in seinen wesentlichsten Punkten sanieren konnte - nicht zuletzt aufgrund der Entmilitarisierung. Die „Sorge wegen [Carl Augusts] allzu kostspieligen Ausschweifungen“⁴⁵ begleitete Goethe ständig. Nur mit einem in der Schweiz (Bern) aufgenommenen Kredit - „dies war der eigentliche Anlaß für die Reise in die Schweiz, die Carl August und Goethe (...) unternahmen“⁴⁶ -, konnte die Finanzkrise des Herzogtums kurzfristig behoben werden. Langfristig setzte Goethe eine strikte Sparsamkeit - auch gegen den Willen des Herzogs - durch. Das luxuriöse Leben und das Vergnügen der Hofgesellschaft auf Kosten eines Großteils der Bevölkerung brachte Goethe in die Nähe „klassenkämpferischer“ Ansichten:

„[Ich] sehe den Bauersmann der Erde das Nothdürftige abfordern, das doch auch ein behäglich auskommen wäre, wenn er nur für sich schwitzte. Du weißt aber wenn die Blattläuse auf den Rosenzweigen sitzen und sich hübsch dick und grün gesogen haben, dann kommen die Ameisen und saugen ihnen den filtrirten Saft aus den Leibern. Und so gehts weiter, und wir habens so weit gebracht, daß oben immer in einem Tag mehr verzehrt wird, als unten in einem organisiert [und] beygebracht werden kann.“⁴⁷

Transparenz in der Verwaltung, Sachkenntnis und Genauigkeit wurden für Goethe unabdingbare Normen bei seinen Tätigkeiten: „Ordnung, Präzision, Geschwindigkeit sind Eigenschaften von denen ich täglich etwas zu erwerben suche.“⁴⁸

Daß Goethe mit der Leitung der Finanzen betraut wurde, hatte er nur den Schlampereien seines Vorgängers zu verdanken. Dieser hatte eine zu lockere

44 Einen fundierten Überblick über Goethe und die Wirtschaft gibt Bernd Mahl: Goethes ökonomisches Wissen – Grundlagen zum Verständnis der ökonomischen Passagen im dichterischen Gesamtwerk und in den „Ämlichen Schriften“. Frankfurt/Main, Bern 1982.

45 WA III.1 (78), Tagebuch, Dezember 1781, S. 133.

46 Hahn, Goethe in Weimar, a.a.O., S. 110.

47 An Knebel, 17.4.1782., HAB 1, S. 395. Vgl. dazu auch Goethes Brief an Herder vom 20.6.1784: „Das arme Volk muß immer den Sack tragen und es ist ziemlich einerley ob er ihm auf der rechten oder lincken Seite zu schwer wird.“ (WA IV.6 (99), S. 308).

48 Goethe an Kestner, 14.5.1780, HAB 1, S. 303.

Hand in der Verteilung und Verwaltung von Geldern, und schließlich überschaute er nichts mehr.

Gegen Mauscheleien und Wirtschäften in die eigene Tasche griff Goethe konsequent durch. Am deutlichsten zeigt sich dies an dem „Fall Gruner“ aus dem Jahre 1782:

„Den Ilmenauer Steuer-Kassier Gruner brachte ich ins Zuchthaus, weil ich im Conseil seinen Propre-Rest [= Unterschlagung, eigene Schulden, VS] von 4.000 Talern, den er durch falsche Restspezifikationen maskiert hatte, schonungslos aufdeckte, trotzdem daß der Minister Fritsch und Hetzer, Eckhard p. ihn protegieren.“⁴⁹

Bei der Aufdeckung und Klärung der Angelegenheit stieß Goethe auf erheblichen „Filz“ und ge-

„Er ist also jetzt Wirklicher Geheimer Rat, Kammerpräsident, Präsident der Kriegscollégii, Aufseher des Bauwesens bis zum Wegbau hinunter [Anmerkung von Karoline Herder: „Direktor des Bergwerks“], dabei auch Directeur des plaisirs, Hofpoet, Verfasser von schönen Festivitäten, Hofopern, Balletts, Redoutenaufzügen, Inskriptionen, Kunstwerken usw., Direktor der Zeichenakademie, in der er den Winter über Vorlesungen über die Osteologie gehalten; selbst überall der erste Akteur, Tänzer, kurz, das Faktotum des Weimarschen und, so Gott will, bald der Major domus sämtlicher Ernstinischer Häuser, bei denen er zur Anbetung umherzieht.“

Johann Gottfried Herder über Goethe in einem Brief (1782)

schlossenen Widerstand seiner Amtskollegen, die die Sache lieber unter den Tisch fallen lassen wollten und sich schützend vor Gruner stellten.

Mit großem Eifer widmete sich Goethe der Förderung der Wirtschaft. Im Vordergrund stand dabei der Bergbau in Ilmenau - dieses Vorhaben scheiterte aber letztendlich aufgrund widriger geologischer Verhältnisse. In der Landwirtschaft wurden neue Anbaumethoden erprobt und viele Kleinigkeiten verbessert. Dem Straßenbau und damit der Förderung des Handels widmete Goethe sich ebenso intensiv; zum Teil waren die Straßenverbindungen in einem desolaten Zustand.

Soziales Handeln: Goethes Politische Ethik

Als Geheimer Rat hatte Goethe eine Machtposition inne. Nach Max Weber bedeutet Macht, „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“⁵⁰. Wie ging Goethe mit seiner sozialen Stellung, mit seiner Macht um? Verglichen mit seinen Amtskollegen hatte Goethe den größten Einfluß auf den Freund und Herzog Carl August. Eine solche Position trägt immer die Gefahr in sich, daß sie zu persönlichem Nutzen und egoistischer Bereicherung mißbraucht wird, daß man den „mephistophelischen“ Versuchungen der Macht

49 Kanzler Müller, Unterhaltungen mit Goethe, a.a.O., 31.3.1824, S. 121.

50 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen ⁵1976.

unterliegt.

Im Rückblick auf seine Regierungstätigkeiten und sein Selbstverständnis als Angehöriger der „politischen Klasse“ äußerte Goethe in einem Gespräch 1827 zum Kanzler Müller:

„Ich wirke nun fünfzig Jahre in meinen öffentlichen Geschäften nach meiner Weise, als Mensch, nicht kanzleimäßig, nicht so direkt und folglich etwas minder platt. Ich suche jeden Untergebenen frei im gemeßnen Kreise sich bewegen zu lassen, damit auch er fühle, daß er ein Mensch sei. Es kommt alles auf den Geist an, den man einem öffentlichen Wesen einhaucht, und auf Folge.“⁵¹

Goethe versuchte, immer als Mensch zu handeln, nicht als Geheimer Rat, nicht als Minister in überheblicher Weise „von oben herab“. So sagte er einmal: „Herrschen lernt sich leicht, Regieren schwer.“⁵²

Das Wort Minister leitet sich aus dem Lateinischen von *ministrare* her und bedeutet *dienen*. Dieses Dienen nahm Goethe ernst. In seinem Tagebuch notierte er 1780:

„Niemand als wer sich ganz verleugnet ist wert zu herrschen und kann herrschen.“⁵³

Nicht das Herrschen steht für Goethe im Vordergrund, sondern das *Sich-Beherrschen*. Der Versuch, sich selbst zurückzustellen, selbstlos gegenüber seinen Mitmenschen zu sein, jeden in seiner Würde anzuerkennen und helfend tätig zu sein, bestimmte Goethes soziales Handeln ebenso wie sein politisches Selbstverständnis. Im Mittelpunkt steht die Förderung der individuellen Entwicklung. So verzichtet Goethe auch auf willkürliche Machtausübung, sieht als seine Aufgabe in der Politik an, (selbstverwaltete) Freiräume zu gestalten:

„Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.“⁵⁴

Im Gegensatz zu Preußen unter Friedrich „dem Großen“ erscheint Goethe nicht als der erste (oder - nach Carl August - als der zweite) Diener eines Staates, sondern als ein Diener von *Menschen*. Wo sich jemand als der erste Untertan eines Staates versteht, wird er auch andere als Untertanen verstehen und behandeln, wird es eine hierarchische Ordnung geben, wird die Staatsräson zur herrschaftlichen Machtausübung.

„Pflicht: wo man liebt, was man sich selbst befiehlt“

Goethes soziales und politisches Handeln läßt sich somit als ein *Handeln aus Liebe* beschreiben, als „die wahre Liebe gegen die Menschen“, wie es sein Freund Merck an Wieland einmal formulierte.⁵⁵ In

51 Kanzler Müller, Unterhaltungen mit Goethe, a.a.O., 23. August 1827, S. 164.

52 Maximen und Reflexionen. HA 12, S. 378.

53 WA III.1 (78), Tagebuch 13.5.1780, S. 118.

54 HA 12, S. 378.

55 Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist, daß Goethe den Gedanken der Reinkarnation vielfach als Grundlage und

Goethes *Maximen und Reflexionen* findet sich folgender Satz: „Pflicht: wo man liebt, was man sich selbst befiehlt.“⁵⁶ Rudolf Steiner führt zu diesem Satz aus:

„Die *Idee* ist die Richtschnur und die *Liebe* ist die treibende Kraft in der Goetheschen Ethik. (...) Ein Handeln im Sinne der Goetheschen Ethik ist ein *freies* Handeln. Denn der Mensch ist von nichts abhängig als von seinen eigenen Ideen. Und er ist niemandem verantwortlich als sich selbst.“⁵⁷

Seine Aufmerksamkeit richtete Goethe dabei vor allem auf die „einfachen“ Leute im Gegensatz zu der ihm verkommen und aufgeblasen erscheinenden adligen Welt. Während seiner Harzreise im Winter 1777 schrieb er in einem Brief an Frau von Stein:

„Wie sehr ich wieder, auf diesem duncklen Zug, Liebe zu der Classe von Menschen gekriegt habe! die man die niedere nennt! die aber gewiss für Gott die höchste ist. Da sind doch alle Tugenden Beysammen, Beschränktheit, Genügsamkeit, Grader Sinn, Treue, Freude über das leidlichste Gute, Harmlosigkeit, Dulden - Dulden - Ausharren in un - - ich will mich nicht in Ausrufen verlieren.“⁵⁸

Der von Goethe Weimar „eingehauchte Geist“ hatte eine immense Ausstrahlungskraft und wurde unmittelbar von den Menschen wahrgenommen und erwidert.

Aus der Fülle der Aussagen von Zeitgenossen seien beispielhaft zwei herangezogen:

„Goethe ist hier unter vielen Volksklassen (...) als sehr freundlich, gutmütig bekannt, und hat die allgemeine Achtung und Liebe; die mittlern Stände nennen ihn den

„Wo Liebe die Grundrichtung des Handelns [anstelle einer Ideologie, VS] bestimmt, entstehen in der Praxis Lebensformen, die gegen Geld und Macht immun sind. Weil Liebe aber in jeder Gesellschaft das bessere Sein darstellen will, ist diese von vornherein mehr als ein harmloses Privatvergnügen. Liebe zielt auf den ‚inneren Menschen‘! Der Weg der Liebe, die im persönlichen Bereich beginnen mag, führt zu einem Verhalten des Menschen, das die Gleichgültigkeit gegen andere als die entscheidende Grundlage jeder Herrschaft überwindet. (...) Liebe allein kann am Ende das Macht- und Besitz-Ich der Politökonomie niederbrennen. (...) Liebe allein kann die Überzeugung festigen, daß der Mensch mit dem Menschen auch ohne Gewalt leben kann.“

Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat*

Genius des Orts.“⁵⁹

„Gestern sagte mir eine Frau, bei der ich meinen Mittagstisch habe, Goethe wäre der Segen Weimars, alles brächte er ins Gleis, und er sei der Wohltäter aller Hilfsbedürftigen. Gott weiß es, wie aus ganzem Herzen ich dieses Wort unterschreibe.“⁶⁰

Vielen Menschen, wie dem Schweizer Hirtenbuben

Erklärung seiner sozialen Beziehungen – insbesondere zu C. von Stein – in sein Denken einbezieht. Vgl. dazu Emil Bock: Wiederholte Erdenleben – Die Wiederverkörperungsidee in der deutschen Geistesgeschichte. Frankfurt/Main 1981. S. 68–79. 56 HA 12, S. 518. Hier wäre eine Auseinandersetzung mit dem „Kategorischen Imperativ“ Kants sehr interessant.

57 Rudolf Steiner: Einleitungen zu Goethes naturwissenschaftlichen Schriften. Gesamtausgabe-Nr. 1. Dornach 1987. S. 341.

58 Goethe an Charlotte von Stein, 4.12.1777, HAB 1, S. 242.

59 Katharina Mommsen: Goethe – Lesebuch. Frankfurt/Main, Leipzig 1992. S. 109.

60 Mommsen, Goethe – Lesebuch, a.a.O., S. 109.

Peter im Baumgarten oder Johann Friedrich Krafft, stand Goethe selbstlos mit Rat und Tat zur Seite, auch finanziell (und das dann anonym).

Ein Streben nach äußerem Ruhm, Karriere und Prestige, nach „Etikette und Lametta“ lag Goethe fern. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten war Goethes Ministertätigkeit nicht so, daß er sich bereichert hätte. Zu Kanzler Müller äußerte Goethe 1824 über seine Tätigkeiten in Weimar:

„Ich habe meinen schriftstellerischen Erwerb und zwei Drittel meines väterlichen Vermögens hier zugesetzt.“⁶¹

Goethe vertrat als Minister weniger Partei- oder Gruppeninteressen, sondern richtete immer den Blick auf das Ganze. Hier ergeben sich viele Parallelen zu seiner naturwissenschaftlichen Methode, zu seinem ganzheitlichen Ansatz, die Dinge in der Welt zu betrachten und anzuschauen. Parteiinteressen sind partielle Interessen, Interessen eines Teiles der Gesellschaft (pars - lateinisch - der Teil). Von Goethe wurde das anfänglich sich bildende Parteienwesen daher abgelehnt. Zu Eckermann äußerte Goethe in einem Gespräch über Kunst und Politik:

„Es ist (...) kein Ernst da, der ins Ganze geht, kein Sinn, dem Ganzen etwas zuliebe zu tun, sondern man trachtet nur, wie man sein eigenes Selbst bemerklich mache und es vor der Welt zu möglicher Evidenz bringe. (...) Überall ist es das Individuum, das sich herrlich zeigen will, und nirgends trifft man auf ein redliches Streben, das dem Ganzen und der Sache zuliebe sein eigenes Selbst zurücksetzte.“⁶²

Betrachtet man Goethes Politik zusammenfassend und vergleicht seine Auffassungen mit der im 18. Jahrhundert üblichen Herrschaftspraxis, so erscheint das von Goethe geprägte Weimar als politisches Gegenmodell, als eine Alternative. Hinter Goethes Wirken kann man den Versuch sehen, in Weimar eine konkrete Utopie der Humanität aufzubauen - und zu leben.

Preußen - das „Paradigma“ des 18. Jahrhunderts in bezug auf Machtpolitik - hatte Goethe auf einer Reise 1778 nach Potsdam kennengelernt; in einem Brief an Charlotte von Stein beschreibt er seine Eindrücke:

„Wenn ich nur gut erzählen kan von dem grosen Uhrwerck das sich vor einem treibt, von der Bewegung der Puppen kan man auf die verborgnen Räder besonders auf die grose alte Walze FR [Fredericus Rex = Friedrich II., VS] gezeichnet mit tausend Stiften schliesen die diese Melodiiien eine nach der andern hervorbringt.“⁶³

Das preußische Staatswesen erschien Goethe mechanisiert wie ein Uhrwerk, bürokratisch und technisch perfekt, aber „geistlos“, und einen ähnlichen Eindruck hatte Friedrich von Hardenberg (Novalis), als er die preußische Verwaltung als Bergwerksbeamter kennengelernt hatte: „Kein Staat ist mehr als Fab-

rik verwaltet worden als Preußen.“⁶⁴

Goethe fühlte das Soziale als einen lebendigen Organismus, ein technokratischer, starrer Staatsaufbau, ein mechanisches System wie es Friedrich II. praktizierte, war für Goethe das Ende jeder menschlichen Politik: „Wie die Großen mit den Menschen spielen.“

„Zufluchtsort“ Gartenhaus

Goethe bezog im April 1776 in Weimar nicht ein repräsentatives Bürgerhaus bezog, sondern bewohnte abseits an der Ilm ein einsames, kleines Gartenhäuschen. Man sollte den Wohnort nicht überbewerten; aber er spiegelt doch symptomatisch etwas Wichtiges von Goethes innerer Stimmung zu Anfang seiner Weimarer Zeit auch in bezug auf die Politik wider.

Erst im Juni 1782 bezieht er das große Haus am Frauenplan (seine Sammlungen aus allen Gebieten der Kunst und Natur waren so enorm angewachsen, daß der Platz nicht mehr ausreichte), verweilt aber bis zu seinem Lebensende noch unzählige Tage im Haus an der Ilm. Und wie unterschiedlich ist der Gegensatz zu seinem vorigen Wohnort in Frankfurt! Dort das vornehm-bürgerliche Stadthaus der Eltern am Großen Hirschgraben, hier das kleine, fast armselig-karg zu nennende Gartenhaus, dafür aber eingebettet in den Jahreslauf und die Rhythmen der Natur. Goethe hatte sich bewußt für die bescheidenen, einfachen Verhältnisse entschieden, wollte am Anfang seiner Weimarer Zeit nicht im Trubel des Gesellschaftslebens mitschwimmen, sondern suchte ein Refugium, einen „Zufluchtsort“⁶⁵, an dem er „Glanz und Gloria“ des Hof- und Staatslebens vergessen konnte, einen Ort, an dem er wieder für sich „menschlich-natürlich“ sein konnte:

„Ich habe bey Hofe abgesagt, denn aufs gute Leben das ich wieder gestern im Wasser getrieben habe mag ich daoben nicht im Sande herumdursten.“⁶⁶

Oder, noch konkreter: „Die grose Welt ist mir bekommen gestern wie dem Hunde das Gras.“⁶⁷ So nannte Goethe sein Gartenhaus „Wohnung des Friedens“⁶⁸.

64 Zit. n. Karl Otmar von Aretin: Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund. Göttingen 2¹⁹⁹³. S. 29.

65 So schreibt Goethe an den Herzog am 16. [17.] Juni 1782, während der Umzug in das neue Haus am Frauenplan gerade vollendet ist: „Gestern habe ich einen herrlichen Morgen genossen. Ich stand um halb viere auf. Seit dem mein Garten mir ist was er soll, Zufluchtsort; so hat er für mich einen unaussprechlichen Reitz.“ HAB 1, S. 398.

66 An Charlotte von Stein, 17.3.1776. WA IV.3 (96), S. 39.

67 An Charlotte von Stein, 14.3.1777. WA IV.3 (96), S. 142.

68 S. dazu Hans Wahl: Alles um Goethe - Kleine Aufsätze und Reden. Weimar 1956. S. 185 ff.

61 Zit. nach K. Mommsen, Goethe - Lesebuch, a.a.O., S. 110. Eine gesellschaftliche Gliederung der Einwohnerschaft von Weimar nach den Einkommensverhältnissen findet sich bei Victor Lange: Goethe. Stuttgart 1992. S. 44 ff.

62 Eckermann, Gespräche mit Goethe, a.a.O., 20.4.1825, S. 141.

63 HAB 1, an Charlotte v. Stein, 17.-24.5.1778, S. 250.

***Iphigenie auf Tauris* - Zur literarischen Kritik der Politik**

Goethes Dichtungen korrespondieren sehr eng mit seinen jeweiligen Beschäftigungen und seelischen Stimmungen:

„Ich habe in meiner Poesie nie affektiert. Was ich nicht lebte und was mir nicht auf die Nägel brannte und zu schaffen machte, habe ich auch nicht gedichtet und ausgesprochen. Liebesgedichte habe ich nur gemacht, wenn ich liebte.“⁶⁹

Sollten die bisherigen Überlegungen zu Goethe und seiner Politik nicht ganz unrichtig sein, so müßte sich also auch ein Niederschlag davon in seinem literarischen Schaffen zeigen. Im ersten Weimarer Jahrzehnt entstand - unter anderem - das Drama *Iphigenie auf Tauris*. Es ist 1779 innerhalb von wenigen Wochen geschrieben worden - Goethes Tagebuch vermerkt am 14.2. den Beginn, am 28.3.1779 das Ende der Arbeit -, in Italien 1786 wurde es dann in Jamben (Blankvers) von Goethe rhythmisch umgearbeitet.

Im folgenden soll der skizzenhafte Versuch gemacht werden, einige Gesichtspunkte aus diesem Werk mit dem politischen Kontext zu verbinden und diesen näher zu beleuchten. Wie hat Goethe seine politischen Erfahrungen, dasjenige, was ihm „auf den Nägeln brannte“, im Drama literarisch verarbeitet? Liegt in dem Schauspiel - unter vielen anderen Gesichtspunkten und Interpretationsmöglichkeiten - auch eine literarische Kritik der Politik?

Bevor das Drama selbst in den Vordergrund gerückt wird, sollen einige politische Momente aus der Entstehungszeit nachgezeichnet werden, die in diesem Zusammenhang nicht unwesentlich erscheinen.

Der Bayerische Erbfolgekrieg: Machtpolitik

Hintergrund der *Iphigenie* ist - neben Goethes Arbeit seit Januar 1779 in der Kriegskommission - eine bedrohliche außenpolitische Krise, der sog. Bayerische Erbfolgekrieg 1778/79.

Der Erbfolgekrieg entsprang dem preußisch-österreichischen Dualismus um die Vorherrschaft im Deutschen Reich. Österreich unter Kaiser Joseph II. versuchte, nach dem Aussterben der Wittelsbacher, über einen Gebietstausch mit den österreichischen Niederlanden Bayern zu annektieren und dadurch einen größeren Einfluß im Reich zu erlangen: Es galt, den 1740 durch Preußen erlittenen Verlust von Schlesien auszugleichen. Friedrich II. reagierte sofort mit einem militärischen Einmarsch in Böhmen.

Die Krise verschärfte sich, als die Zarin Katharina II. von Rußland sich an die Seite Preußens stellte: Die „Gefahr eines europäischen Krieges rückte in greifbare Nähe“⁷⁰. Joseph II. mußte schließlich unter der

Vermittlung Frankreichs einlenken und im Frieden von Teschen (Mai 1779) sich mit dem Innviertel als Gebietsgewinn begnügen.

Diese außenpolitischen Vorgänge betrafen unmittelbar auch die deutschen Klein- und Mittelstaaten wie Weimar, die in solchen Konflikten immer ein Spielball der Großmächte waren. Nicht nur die Befürchtung, in diesem Konflikt zum Kriegsgebiet zu werden, bestimmte die Überlegungen. Friedrich II. ließ kurzerhand in Weimar und anderen thüringischen Fürstentümern „in rüder Weise“⁷¹ Soldaten zwangsrekrutieren und brach damit geltende Reichsgesetze. Man befand sich in einer verzwickten und ohnmächtigen Zwangslage unter dem Druck der Großmächte. Goethes Tagebuch vermeldet:

„Zwischen zwey Übeln im wehrlosen Zustand. Wir haben noch einige Steine zu ziehen, dann sind wir matt.“⁷²

Man kam in dieser zugespitzten und so äußerst bedrohlichen Situation überein, selbst Rekruten auszuwählen, um somit wenigstens die Preußen aus dem Land fernzuhalten. Goethe organisierte und überwachte die Rekrutenaushebungen und reiste in militärischen Angelegenheiten wochenlang durch das ganze Herzogtum.

In Apolda begegnete Goethe den schlimmen sozialen Verhältnissen in der Textilmanufaktur, wo aufgrund von Absatzschwierigkeiten infolge des Krieges die Produktion stillstand und eine allgemeine Not sich ausbreitete. Diese Umstände bildeten einen Teil der Kulisse für Goethes Arbeit an der *Iphigenie* und fließen indirekt mit ein: An Charlotte von Stein schrieb Goethe Anfang März 1779 jene berühmten Zeilen:

„Hier will das Drama gar nicht fort, es ist verflucht, der König von Tauris soll reden als wenn kein Strumpfwürcker in Apolde hungerte.“⁷³

In späteren Jahren werden dann von Goethe in Apolda Lebensmittelverteilungen an bedürftige Weber organisiert.⁷⁴

Knebel, der Goethe einmal während seiner Arbeit vor Ort besuchte, berichtet folgendes Bild: In Buttstädt „fand ich ihn am Tische sitzend, die Rekruten um ihn her und er selbst dabei an der Iphigenia schreibend“⁷⁵. Auch in Goethes Tagebuch finden sich die „Militärischen Makaronis“⁷⁶ und „Abends an Iph. geträumt“⁷⁷ dicht beieinander.

71 Aretin, Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, a.a.O., S. 44.

72 WA III.1 (78), Tagebuch, 14.-25.1.1779, S. 78. In diesem Zusammenhang besonders wichtig ist auch der Brief Goethes an den Herzog vom 9.2.1779, HAB 1, S. 258 ff.

73 6.3.1779 an Charlotte von Stein, HAB 1, S. 264.

74 „Voigts ist in Apolda mit Ludekurs gewesen und hat die Abgabe des Brodts an die Bedürftigsten gut vorbereitet.“ Brief Goethes an den Herzog vom 5.11.1789, AS 2, S. 159.

75 Zit. n. Robert Steiger: Goethes Leben von Tag zu Tag – Eine dokumentarische Chronik. Band II: 1776 – 1788. Zürich, München 1983. S. 191.

76 WA III.1. (78), Eintrag vom 1.2.1779, S. 79.

77 WA III.1. (78), Eintrag vom 24.2.1779, S. 80.

69 Zu Eckermann, Gespräche, a.a.O., 14.3.1830. S. 681 f.

70 Aretin, Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, a.a.O., S. 19.

„Soll dieser Fluch denn ewig walten?“ - Aspekte des Dramas

Vor diesem Hintergrund der Ereignisse im Winter und Frühjahr 1779 erscheint das Drama *Iphigenie auf Tauris* in seinen politischen Bezügen deutlicher.

Hauptthema des Schauspiels ist die Humanität in Gestalt von Iphigenie, die die - männliche - Welt der List und Lüge, der Gewalt und des Krieges überwindet. Durch ihr „menschliches“ Handeln, ihren „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ (V. Havel)⁷⁸, ist Iphigenie in der Lage, den alten Fluch der Götter, der auf den Nachkommen des Tantalus, d.h. also auch auf ihr liegt, zu durchbrechen. (Insofern ist Goethes *Iphigenie* zu Recht auch das „Drama der Autonomie“⁷⁹ genannt worden.)

Die Handlung - kurz zusammengefaßt - spielt in der mythischen Sagenwelt der alten Griechen⁸⁰: Iphigenie wird von ihrem eigenen Vater Agamemnon, dem Anführer des griechischen Heeres im Trojanischen Krieg, für günstigen Wind für die Fahrt von Aulis nach Troja auf dem Altar der Göttin Artemis (Diana) geopfert. Die nichts ahnende Mutter Klytämnestra wird von Agamemnon mit der Lüge getäuscht, Iphigenie solle Achilleus heiraten. Schon im Mythos ist also das Kriegsmotiv und die Unwahrhaftigkeit enthalten und direkt mit dem persönlichen Schicksal von Iphigenie verknüpft.

Diese Motive werden verstärkt durch die Familiengeschichte des Atriden-Geschlechts, die durchzogen ist von Mord und Totschlag: Um die Allwissenheit der Götter zu prüfen, zerschnitt Tantalus seinen Sohn Pelops in Stücke und setzte diesen den Olympiern als Mahlzeit vor. Pelops wurde von den Göttern zwar wieder zum Leben erweckt, brachte aber den Vater seiner zweiten Frau um, in dem er hinterhältig einen Diener bestach und diesen nach der gelungenen Tat ebenfalls beseitigte. Die horrende Blutspur der Söhne Pelops, Atreus und Thyestes, hier zu schildern, sei erspart. Gleichsam wie ein Naturgesetz läßt Goethe Orest, den Bruder Iphigenies und Mörder der eigenen Mutter Klytämnestra, aussprechen:

„Auf Erden war in unserm Hause / Der Gruß des Mordes gewisse Losung.“⁸¹

Artemis hatte das Opfer Agamemnons scheinbar angenommen, versetzte aber Iphigenie - in einer Wolke verhüllt - nach Tauris, auf die heutige Krim. Dort wurde sie Priesterin der Göttin, und konnte erreichen, daß der landesübliche, grausame Brauch, alle Fremden der Göttin zu opfern, abgeschafft wur-

78 Václav Havel: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek 1989.

79 Wolf Dietrich Rasch: Goethes „Iphigenie auf Tauris“ als Drama der Autonomie. München 1979.

80 Es ist höchst interessant zu sehen, daß Goethes „Märchen“ - sein wohl wichtigstes Werk zur Französischen Revolution - noch mehr in Raum und Zeit „nicht von dieser Welt“ ist. Vgl. Udo Herrmannstorfer: Individualität in der Gemeinschaft - Wandlungsmotive in Goethes „Märchen“. Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus“, Nr. 4/1996.

81 HA 5, S. 42, Vers 1296 f.

de. Der König von Tauris, Thoas, wirbt vergeblich seit langem um die Hand Iphigenies. Als zwei Fremde - die sich später als Orest und dessen Freund Pylades herausstellen - auf der Halbinsel landen, verlangt Thoas von Iphigenie entweder die Wiedereinführung der alten Menschenopferung oder die Heirat. Die Griechen überreden Iphigenie nun zur heimlichen Flucht, Thoas soll getäuscht werden, notfalls will man sich den Weg mit Waffengewalt freikämpfen, gleichsam in der Tradition der Ahnen.

Hier bricht nun Iphigenie die - vermeintliche - dualistische Erstarrung der Kontrahenten und den vordergründig zwanghaften Automatismus der Gewalt, entweder Täter oder Opfer sein zu müssen, auf:

„O soll ich nicht die stille Hoffnung retten / Die in der Einsamkeit ich schön genährt? / Soll dieser Fluch denn ewig walten? Soll / Nie dies Geschlecht mit einem neuen Segen / Sich wieder heben?“⁸²

Sie gesteht Thoas die beabsichtigte Flucht, auch auf die Gefahr hin, den Bruder, Pylades und sich selbst dem Untergang preiszugeben. Nach anfänglichem Zögern verzeiht Thoas, überwältigt von Iphigenies Tat, und läßt die drei Griechen mit einem „Lebt wohl“ in ihre Heimat zurückkehren.

Gerade dadurch, daß im gesamten Drama jegliche Bezüge zur Tagespolitik fehlen, trifft es in seiner zeitlosen Radikalität den Kernpunkt des Goetheschen Politikverständnisses: Ohne Wahrheit, Aufrichtigkeit, Vertrauen, Menschlichkeit und ohne Liebe kann das „Rad der Geschichte“ - und damit der Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt, von Herrschaft und Unterdrückung - nicht durchbrochen werden. „Auf Erden war in unserm Hause / Der Gruß des Mordes gewisse Losung“: Dieser Zustand bezeichnet den Fluch, „daß jede Untat eine neue Untat nach sich zieht, jedem Krieg ein neuer Rachekrieg folgt, so daß das Morden auf Erden kein Ende nimmt (...)“,⁸³ so der Germanist Wilhelm Emrich. „Soll dieser Fluch denn ewig walten?“ - diese Frage Iphigenies an die Götter ist gleichsam Goethes Grundfrage an die Politik seiner Zeit (über die er Iphigenie stellvertretend für sich sagen läßt: „Und es gewöhnt sich nicht mein Geist hierher“⁸⁴).

Goethes amtliches Wirken als Minister in Weimar kann als eine Antwort auf diese Frage angesehen werden: Weimar steht als Versuch, diesen „Fluch“ der großen Machtpolitik, wie er sich für Goethe konkret im Bayerischen Erbfolgekrieg (und anderswo) ausdrückte, durch Humanität konstruktiv zu überwinden. Emrich führt in bezug auf die *Iphigenie* weiter aus:

„Humanität siegt hier über alle Interessenkonflikte, alle angeblich unaufhebbaren Lebensnotwendigkeiten und zwangsläufige Zusammenstöße.“⁸⁵

Goethe blieb dieser konkreten Utopie, die sich nicht an den berühmten „Sachzwängen“ in der Politik

82 HA 5, S. 53, Vers 1692 ff.

83 Wilhelm Emrich: Goethes Tragödie des Genius. Von *Götze* bis zur *Natürlichen Tochter*, in: Paolo Chiarini (Hrsg.): Bausteine zu einem neuen Goethe. Frankfurt/Main 1987. S. 27.

84 HA 5, S. 7, Vers 6.

85 Emrich, Goethes Tragödie des Genius, a.a.O., S. 26.

orientiert, sondern sich immer am einzelnen Menschen erweisen muß, ein Leben lang treu. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 - es gab über 100.000 Tote und Verwundete - schrieb Goethe an Charlotte von Stein:

„Ob die Vernunft jetzt endlich in der Welt regieren wird? Ich glaube, nein, denn sie hat keine Unterlage, sie ist nur geistig. Was jetzt kultiviert werden muß, ist die Humanität.“⁸⁶

Die Möglichkeiten des Theaters wurden von Goethe dabei bewußt und voller Hoffnung als Medium zur Verbreitung seines politischen Kernpunktes gewählt. Einem Schauspieler der *Iphigenie* schrieb Goethe 1827 folgende Widmungsverse in sein Textbuch:

„Was der Dichter diesem Bande / Glaubend hoffend anvertraut, / Werd' im Kreise deutscher Lande / Durch des Künstlers Wirken laut. / So im Handeln, so im Sprechen / Liebevoll verkünd' es weit: / Alle menschliche Gebrechen / Sühnet reine Menschlichkeit.“⁸⁷

86 Zit. n. Ludwig, Vom unbekanntem Goethe, a.a.O., S. 133.
87 HA 1, S. 353 und HA 5, S. 409.

Mit dem Verfassen des Dramas war aber auch wieder ein pädagogisches Moment verknüpft. Im April 1779 wurde das Stück in Weimar uraufgeführt. Goethe selbst spielte die Rolle des Orest, Carl August den Pylades. Ein geeigneteres Mittel, um den einundzwanzigjährigen Herzog - den „politisch moralischen Grindkopf“⁸⁸, wie Goethe ihn einmal nannte - in seiner sozialen Verantwortung für die Menschen zu erziehen, hätte Goethe wohl nicht finden können.

Dennoch bahnte es sich immer stärker an, daß die Wege zwischen den beiden sich trennten. Goethe schaffte es nicht, den Herzog zu einem „Musterfürsten“ zu erziehen, „der fünfundzwanzigjährige Carl August unterscheidet sich kaum von anderen Fürsten“⁸⁹. Und damit reduzierten sich für Goethe viele Möglichkeiten, neue Wege in der Politik einschlagen zu können. Für ihn folgte 1786 der Aufbruch nach Italien.

88 HAB 1, an Merck 5.1.1777, S. 231.

89 Sengle, Neues zu Goethe, a.a.O., S. 248.

Berichte

GESUNDHEITSWESEN: ES BRENNT AUFWACHEN - UND LÖSCHEN!

Ärztfunktionäre und Politiker gegen die Besonderen Therapierichtungen - Aktion '98 - Protestaufruf bundesweit

Es brennt unterm Dach des Hauses Gesundheitswesen: Führende Funktionäre der Schulmedizin in Deutschland wie auch manche Politiker in Bonn wollen die Besonderen Therapierichtungen wie Homöopathie, Phytotherapie und Anthroposophische Medizin wieder ausgrenzen.

Hunderttausende von Patienten, die auf die nachhaltigen Wirkungen von seriösen Naturheilverfahren und deren Therapien setzen, würden künftig von jedweder Kostenerstattung durch die Krankenkassen ausgeschlossen. Unter dem Deckmantel der „Kosteneinsparung“ im Gesundheitswesen sollen die bisher anerkannten Medikamente, Heilmittel und Heilverfahren durch Nicht-Aufnahme in eine „Positiv-Liste“ aus den Leistungsmöglichkeiten der Krankenkassen gestrichen werden. Danach würde die Medizin nur noch Krankheiten, aber nicht mehr kranke Menschen behandeln.

Dieser drastische Klimawechsel im Gesundheitswesen bedroht zunehmend die Therapiefreiheit des Arztes, die Selbstbestimmungsrechte des Patienten und die Kassenerstattungsfähigkeit der Besonderen

Therapierichtungen. Die von führenden Vertretern der etablierten Medizin verfolgte Politik der Ausgrenzung ist Ausdruck des von ihnen eingeleiteten Verteilungskampfes und der könnte schon bald zu „amerikanischen Verhältnissen“ im deutschen Gesundheitswesen führen - der Zweiklassen-Medizin.

Dabei sieht die Realität ganz anders aus: Über 70 Prozent der Bürger in Deutschland sind nach einer Umfrage des Instituts Allensbach von 1997 mit der Schulmedizin allein nicht mehr zufrieden und wollen auch die „sanfte Medizin“. Das in der Bundesrepublik wachsende Bedürfnis nach Selbstmedikation und nach Naturheilverfahren geht einher mit einer deutlich spürbaren Abkehr von der synthetisch-chemischen Medikation. Diese Bedürfnisse werden von führenden Ärztfunktionären und Politikern mißachtet, obwohl die Besonderen Therapierichtungen im Arzneimittelgesetz von 1976 und im Sozialgesetzbuch V fest verankert sind. Die Schulmedizin mit ihrem auf die Naturwissenschaft reduzierten Wissenschaftsverständnis klammert das Individuum methodisch aus und setzt auf die Negation des Ich als menschen-spezifischem Wesenskern und seiner heute von der Zeit geforderten Eigenentwicklung.

Was ist zu tun? Gesunde und kranke Menschen müssen rasch „aufwachen“ und sich die gefährlichen Tendenzen im Gesundheitswesen in diesem Wahljahr bewußt machen. Jeder kann die „Aktion '98: Gesundheit! Ich wähle selbst“ unterstützen. Das ist eine

neue bundesweite Initiative für das Selbstbestimmungsrecht des Patienten, die Therapiefreiheit des Arztes und die Vielfalt der Therapierichtungen. Sie wird getragen von Ärzten, Patientenverbänden, Therapeuten-Vereinigungen und Verbraucherorganisationen. Die „Aktion ‘98“ verteilt gegenwärtig Postkarten mit einem Aufruf für die Freiheit im Gesundheitswesen, die mit Adresse und unterschrieben möglichst sofort an die „Aktion ‘98“ zurückgesandt werden sollen („Aktion ‘98“, Roggenstraße 82, 70794 Filderstadt, Info-Fax: (0711) 77 99 712, Aufrufe und Info-Material können dort bestellt werden).

Zehntausende haben bisher schon Karten zurückgeschickt, Hunderttausende müssen es werden, deren Karten dann im Herbst an Politiker in Bonn überreicht werden als Ausdruck der Forderung nach einem freiheitlichen Gesundheitswesen. Wer unterschrieben hat, sollte selbst weitere Aktionskarten an Freunde, Nachbarn, Bekannte verteilen. Es kommt auf jede Stimme an! Auch Politiker sollten in Wahlveranstaltungen und anderswo angesprochen und gefragt werden, wie sie es mit dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten und der Therapiefreiheit des Arztes halten. (Das alles kostet auch Geld: Die „Aktion ‘98“ ist als gemeinnützige Aktion auf Spenden angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können - „Aktion ‘98“, Kontonummer 34966, Kreissparkasse Calw, BLZ 606 510 70.) Und es gibt weitere Möglichkeiten. Über 80 Prozent der Bürger in Deutschland sind Mitglied einer Gesetzlichen Krankenversicherung: Es gibt die vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit und reichlich Argumente für einen Krankenkassenwechsel. Wer in seiner Versicherung auf Ablehnung der im Prinzip für jede Kasse möglichen Kostenerstattung für Naturheilverfahren stößt, sollte seine Interessen dort deutlich machen und signalisieren, daß er andernfalls der Kasse kündigt. Denn Pflichtversicherte können einen Krankenkassenwechsel jedes Jahr durch Kündigung bis zum 30. September auf das Jahresende hin vornehmen, ohne einen Niveauverlust ihrer Versorgung befürchten zu müssen, freiwillig Versicherte können jederzeit kündigen.

Zur Zeit gibt es in Deutschland zwei Krankenkassen, die sich innovativ für die Besonderen Therapierichtungen engagieren: Die IKK Hamburg (Kieler Straße 464-470, 22525 Hamburg, gebührenfreies Info-Telefon: (0130) 86 090) und die Securvita BKK (Große Elbestraße 39, 22767 Hamburg, gebührenfreies Info-Telefon: (0130) 17 69 17). Die IKK Hamburg hat mit der Gesellschaft Anthroposophischer Ärzte in Deutschland einen Vertrag abgeschlossen (Erprobungsregelung), der zur grundsätzlichen Anerkennung der Heilmittel der Besonderen Therapierichtungen (z.B. künstlerische Therapien, Heileurythmie, rhythmische Massage) führen soll.

Was macht „s-inn“?

Die „s-inn“ sozial-innovative Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart, hat die Aufgabe,

- durch in Form und Inhalt angemessene Anlageformen Beteiligungskapital für Unternehmen zu beschaffen, die mit sinnvollen Produkten oder Dienstleistungen in Kooperationsformen arbeiten, die dem modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsleben entsprechen,
- diese Unternehmen zu beraten und in ihrer Entwicklung zu begleiten und
- Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen dieser Unternehmen zu erbringen.

Die „s-inn GmbH“ nimmt ihre Tätigkeit im Laufe des Sommers 1998 auf und wird ihre Aufgaben vor allem im Bereich kleinerer und mittlerer Unternehmen erfüllen. Gerade diese Unternehmen leiden bei Gründung bzw. in entscheidenden Unternehmensstadien unter dem Mangel fehlenden Eigenkapitals. Dies wiederum begrenzt die notwendige Kreditaufnahme.

Auf der Seite der Kapitalgeber besteht zunehmendes Interesse an einem ökologisch und sozial sinnvollen Geldeinsatz und an Transparenz hinsichtlich der Verwendung der eingesetzten Mittel.

Die „s-inn GmbH“ wird an der Entwicklung neuer Kapitaleinsatzmöglichkeiten bei den Unternehmen und an neuen Kapitalbeteiligungsformen der Kapitalgeber arbeiten. Hauptfragen in diesem Zusammenhang sind

- die Verbindung von individueller Unternehmensverantwortung mit sozialer Gestaltung des Unternehmenseigentums,
- der Aufbau von Solidarezusammenhängen zwischen den Beteiligungsunternehmen und den Kapitalgebern einerseits sowie zwischen den beiden Gruppierungen untereinander andererseits,
- die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Unternehmer und Unternehmerinnen,
- die Entwicklung neuer Dienstleistungen für Zusammenarbeitsformen.

Das Stammkapital der Beteiligungsgesellschaft beträgt zum Zeitpunkt der Gründung DM 200.000. Hinzu kommen stille Beteiligungen in Höhe von DM 800.000, so daß sich ein Startkapital von 1 Mio. DM ergibt. Es wird angestrebt, möglichst rasch die für eine sinnvolle Arbeit notwendige Gesamtkapitalgröße von 3 Mio. DM zu erreichen. Die weitere Entwicklung ergibt sich dann aus den Beteiligungskapitalbedürfnissen.

Wie arbeitet „s-inn“?

Der Impuls zu dieser Beteiligungsgesellschaft ist in der langjährigen Arbeit des Verbundes Freier Unternehmensinitiativen, Stuttgart, entstanden. Sie ist ein Versuch, die dort erarbeiteten grundsätzlichen Überlegungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit Fragen der Unternehmensbeteiligung und des Kapitals in die Wirklichkeit zu bringen. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der GLS Gemeinschafts-

bank eG bzw. der GLS Beteiligungs-AG und weiteren Kooperationszusammenhängen, vor allem der CoOpera AG in der Schweiz (ein schweizer Verbund von Firmen, die unter ähnlichen Gesichtspunkten arbeiten). Die „s-inn GmbH“ ist als eigenständiges Unternehmen in diesen Kooperationszusammenhang eingebunden.

Darüber hinaus arbeitet die „s-inn GmbH“ mit einem Kreis von engagierten Beraterinnen und Beratern zusammen, die in ihrer Tätigkeit den oben beschriebenen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Wesentlich für die Arbeit der „s-inn GmbH“ ist ein eigenständiges Gesellschaftsorgan, der Gesellschaftsrat, der Grundlagen und Vorstellungen formt, aus denen heraus die Geschäftsführer eigenverantwortlich tätig werden. Der Gesellschaftsrat ist darüber hinaus Entscheidungsorgan für die Beteiligungen sowie für die Form der Kapitalanlagemöglichkeiten der Gesellschaft. Der Gesellschaftsrat arbeitet eng mit der Gesellschafterin, der „Stiftung zur Förderung assoziativen Wirtschaftens“, Dornach, sowie dem „Verbund Freie Unternehmensinitiativen“ zusammen. Mit dem Verbund wird ein Kooperationsvertrag geschlossen. Darüber hinaus werden sich Organe nach Aufgabenstellung und Bedürfnis der Beteiligungsgesellschaft selbst, der Beteiligungsunternehmen und der Kapitalgeber bilden.

Wer arbeitet für „s-inn“?

Mitarbeiter der Beteiligungsgesellschaft sind derzeit Friedrich Engelhardt (Geschäftsführer) und Markus Fellmann. Den Gesellschaftsrat bilden zur Zeit der Gründung Christian Czesla, Steuerberater in Stuttgart, und Bernhard Mollenhauer, Unternehmer im Zusammenhang mit der Conrad Mollenhauer GmbH in Fulda. Einziger Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft ist die „Stiftung zur Förderung assoziativen Wirtschaftens“ in Dornach, deren Verwaltungsrat aus Udo Herrmanstorfer und Rolf Kerler, Dornach, sowie Daniel Maeder, Bern, besteht.

Kontaktadresse: s-inn, c/o Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Kernerplatz 2, 70182 Stuttgart.

COOPERA AG - GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG ASSOZIATIVER WIRTSCHAFT

Das Unternehmen

Unternehmerische Initiative war das zentrale Anliegen des Liberalismus und wegbereitend für die Marktwirtschaft. Das freie Spiel der Kräfte im Markt ließ den Individuationsprozeß der Menschen fortschreiten. Die alten Verbindlichkeiten wie Familie und Zünfte wurden - zunächst ersatzlos - abgestreift. Rechtlich geschützt wurde der freie Zugang aller zur wirtschaftlichen Betätigung; in der Schweiz unter dem Titel „allgemeine Gewerbe- und Handelsfreiheit“.

Die Schattenseiten der neuen Freiheit zeigten sich

in der Epoche der Industrialisierung im Elend der Arbeiterschaft und heute im Nord-Süd-Gefälle. Preis und Gewinnaussichten als alleinige Regulatoren reichen also nicht aus. Rechtliche Rahmenbedingungen, z.B. zum Schutz von Mensch und Natur, sind für uns heute selbstverständlich. Trotzdem bleibt die nach wie vor allein auf Egoismus bauende und vom Staat ständig in die Schranken gewiesene Wirtschaft ein Zwitterding; statt durch koordinierte Zusammenarbeit die Versorgung sicherzustellen, überwiegen in der Wirtschaftswelt Marktverdrängung, -beherrschung und Ausbeutung. Soziale Gerechtigkeit und qualitative Wünschbarkeit werden explizit nicht als Ziele der Wirtschaft, sondern allenfalls als Aufgaben des Staates verstanden. Hier will die CoOpera ansetzen!

Die CoOpera AG - ein Weg zur assoziativen Wirtschaft

Die CoOpera versteht sich als Beteiligungsgesellschaft, welche den Dialog und die gegenseitige Unterstützung unter den Teilhabern fördern will. Gemeinsam will man Veränderungen herbeiführen, welche den Anforderungen des modernen, arbeitsteiligen Wirtschaftlebens gerecht werden. Das sind kurz zusammengefaßt die Ziele der CoOpera:

1. Unterstützen unternehmerischer Initiative.
2. Fördern der Entwicklung von Strukturen der Zusammenarbeit und Solidarität in der Wirtschaft.
3. Gemeinsames Erarbeiten von wirtschaftlichen Gestaltungsformen.
4. Verhältnis Verbraucher-Produzent neu regeln.

Damit diese Ziele mittel- und langfristig verwirklicht werden können, unterstützt die CoOpera unternehmerische Initiativen durch Mittelbeschaffung - im besonderen mit Kapitalausstattungen mittels Beteiligungen. Sie steht als Mittlerin zwischen Teilhabern und Kreditnehmern und versucht, die beteiligten Unternehmen zu kooperativer Zusammenarbeit und gemeinsamer Urteilsbildung zu führen.

Die CoOpera AG will die klassische Form einer Holding nützen, um durch Zusammenarbeit von Betrieben eben diese zu stärken. Mit dem Unterschied, daß sie mit der Kapitalbeteiligung nicht Macht ausüben, sondern die Initiativen einzelner möglich machen will. Gemeinsam soll durch Kooperation Einfluß auf die Gestaltung der Marktwirtschaft genommen werden.

Von der PUK zur CoOpera

Die BVG Sammelstiftung PUK, „Gemeinschaftsstiftung Pensionskasse für Unternehmen, Künstler und Freischaffende“, suchte nach Betrieben, welche eine assoziative Wirtschaftsweise bereits zu realisieren versuchen, um darin Kapitalanlagen direkt in Wirtschaftsbetriebe zu tätigen. Zu diesem Entschluß beigetragen hatte auch die Tatsache, daß die PUK in den vergangenen Jahren mehrfach angefragt worden war, bei Nachfolgeregelungen mit Finanzierung und Rat auszuhelfen.

Aus dieser Situation heraus entstand die Holding

CoOpera AG. Gründungsmitglieder sind:

Daniel Maeder aus Ittigen, eidg. dipl. Buchhalter, Controller und eidg. dipl. Steuerexperte. Inhaber eines Treuhandbüros und Stiftungsrat der Gemeinschaftsstiftung PUK.

Thomas Vatter aus Bern, Unternehmensberater, Gründer und Mitinhaber der Firma „Der logische Supermarkt“ Bern.

Matthias Wiesmann aus Bern, Soziologe, Gründer und Mitinhaber der Bio-Verteilorganisation HORAI, Stiftungsrat der Gemeinschaftsstiftung PUK.

Die CoOpera AG verfügt über ein Grundkapital von 1 Mio. Franken.

Wirtschaften unter Achtung von Moral und Ethik

Zur primären Aufgabe der CoOpera als Finanzierungsinstrument gehört es, Betriebskapital für Unternehmen bereitzustellen. Für die Ausübung dieser Funktion gelten bis heute folgende Richtlinien; die CoOpera sieht sich als reine Beteiligungsgesellschaft, die Entscheidungen treffen die Tochtergesellschaften selbst. Die CoOpera strebt jedoch bei den Unternehmen einen Konsens an betreffend ihres Verhaltens im Markt, gegenüber der Umwelt und den Menschen. So stellt die offene Rechnungslegung beispielsweise einen wesentlichen Aspekt des Informationsgebarens dar, ein Verhaltenskodex wird erarbeitet. Tragender Gedanke ist es, keine starren Formen aufzubauen, sondern die Struktur, die Arbeitsweise und Angebote der CoOpera unter den Teilhabern durch Ideenaustausch zu entwickeln.

Die CoOpera unterstützt im weiteren assoziative Prozesse: die Möglichkeiten der gegenseitigen Förderung sollen ausgeschöpft werden, damit sinnvolle, soziale und wirtschaftliche Wachstums- und Anpassungsprozesse entstehen können. Mit diesen Leitgedanken wird erreicht, daß die unternehmerische Selbständigkeit eines jeden gewahrt werden kann. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in der Natur und in der sozialen Gemeinschaft durch die eingangs erwähnte Ausbeutung, ist heute jeder unternehmerisch Tätige dazu aufgerufen, sich der Verantwortung bewußt zu werden und dementsprechend sein Handeln zu verändern.

Wie wird man Mitglied der CoOpera?

Die CoOpera richtet sich an Initiativen, Institutionen und Betriebe, deren Bestreben sich am notwendigen Fortschritt der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse orientiert.

Es bestehen verschiedene Arten, bei der CoOpera mitzumachen:

- Natürliche Personen und Unternehmungen können durch Aktienzeichnung Teilhaber der CoOpera AG werden. Sie werden stimmberechtigte Mitglieder und arbeiten an der Organbildung mit.

- Unternehmer, die sich der CoOpera AG als Tochtergesellschaft anschließen wollen, indem sie ihre Unternehmensbeteiligung einbringen und dafür Aktien erhalten (Aktientausch bzw. Umwandlungen, wenn

das Unternehmen eine Kapitalgesellschaft ist).

- Als Gast während einem Jahr, um die Arbeitsweise der CoOpera kennenzulernen.

Nähere Auskünfte bei: CoOpera AG, c/o Maeder Treuhand, Talweg 14, CH-3063 Ittigen

AKTION MÜNDIGE SCHULE

Volksinitiative „Schule in Freiheit“ gibt nicht auf: Widerspruch gegen Nichtzulassung beim Bundesverfassungsgericht

Am 4. Mai 1998 übergab die Aktion mündige Schule dem schleswig-holsteinischen Landtag 37.000 Unterschriften, die sie für ihre Volksinitiative „Schule in Freiheit“ gesammelt hatte. Der Landtag hatte danach zwölf Wochen Zeit, über die Zulässigkeit der Volksinitiative zu befinden. Am 4. September, dem letzten Tag dieser Frist, empfahl der Innen- und Rechtsausschuß des Landtages dem Parlament, die Initiative zuzulassen.

Die Fraktionen der CDU und der SPD legten dem Parlament einen anders lautenden Beschlußantrag vor, der die Nichtzulassung der Initiative forderte. Mit ihren Stimmen, und gegen die Stimmen von FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW, wurde nach kontroverser Debatte die Nichtzulassung beschlossen.

Dazu erklärte der Sprecher der Volksinitiative Henning Kullak-Ublick: „Wir sind über diese Entscheidung des Parlamentes sehr enttäuscht. Selbstverständlich werden wir beim Bundesverfassungsgericht Widerspruch gegen diese Entscheidung einlegen. Wir sind sicher, daß unsere Verfassungsinitiative in Karlsruhe als verfassungskonform gewertet wird.“

Das Verfahren, das zu der heutigen Entscheidung im Parlament geführt hat, wirft aber auch unabhängig von seinem Ergebnis ein trauriges Licht auf die Art und Weise, wie hierzulande mit Volksinitiativen umgegangen wird: Wir hatten vor Beginn unserer Unterschriftenkampagne ein ausführliches Beratungsgespräch mit dem wissenschaftlichen Dienst des Landtages. Die damals geäußerten Gesichtspunkte haben wir sämtlich in unseren Gesetzentwurf eingearbeitet. Wir haben die Fraktionen des Landtages fortlaufend über den Fortgang der Volksinitiative unterrichtet und unsere Bereitschaft zu Gesprächen immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Es ist schon beschämend, daß wir dann zwei Tage vor Ablauf der Fristen Hals über Kopf zu der abschließenden Ausschußsitzung eingeladen wurden, um Stellung zu den vorgebrachten Bedenken über unsere Zulässigkeit zu nehmen. Dennoch gelang es unserem juristischen Berater, Herrn Prof. Frank-Rüdiger Jach, in seiner mündlichen Stellungnahme überzeugend deutlich zu machen, daß unsere Verfassungsinitiative im vollen Einklang mit dem Grundgesetz und mit der schleswig-holsteinischen Landesverfassung steht. Das führte dann ja auch zu der Emp-

fehlung des Ausschusses, uns zuzulassen.

Das gemeinsame Abstimmungsverhalten von SPD und CDU war politisch motiviert. Hier soll über die Nichtzulassung unserer Initiative eine unbequeme bildungspolitische Diskussion verhindert werden. Wir bedauern das sehr und danken zugleich den Fraktionen von FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW für ihr demokratisches Verhalten.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wird unser Gesetzentwurf im Landtag verhandelt werden. Wir freuen uns auf die Diskussion.“

Aktion mündige Schule e.V., Zur Anhöhe 23, 24983 Handewitt, Tel. und Fax (04608) 970 158.

„DIE STUNDE DER GROßEN ENTSCHEIDUNGEN IST DA“

Kurzinformation über die „Achberger Werkstatt für soziale Transformationen im 21. Jahrhundert“ - Initiative für Forschung, Studium und Professionalisierung durch praxisorientierte Ausbildung im Rahmen laufender Projekte auf anthroposophischer Grundlage zur zeitgemäßen Umgestaltung der bestehenden politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse im sozialen Organismus

1. Die Aufgabe

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist mit der Liquidation des *totalitären Kommunismus* nur die Hälfte der unserer Epoche gestellten globalen Aufgabe erfüllt: Den für das 21. Jahrhundert verantwortlichen Generationen ist es überlassen, nun auch noch die durch Materialismus und Egoismus geprägten *privatkapitalistischen Lebensumstände* auf der Erde zu überwinden. Anthroposophie ermöglicht die Erkenntnis, daß die Menschheit an einem Abgrund steht: Mit dem Einsatz gigantischer Geldmittel wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein *Weltkrieg gegen den Geist*,¹ gegen das Geistig-Seelische des Menschen geführt. Ihn auf seine leiblichen und leibgebundenen psychischen Bedürfnisse zu *reduzieren*, mit dem Kult um das Eigeninteresse zu *entindividualisieren*, damit von der geistigen Welt und ihren Hierarchien *abzuschneiden*, „anstelle der Christus-Wesenheit eine andere ätherische Individualität streng ahrimanischer Natur für den Rest der fünften, für die sechste und für die siebente nachatlantische Zeit zum Herrscher zu machen“: das ist die Absicht „westlicher Bruderschaften“.² Ihre Bestrebungen sind mit dem globalen Sieg des privatkapitalistischen Systems (1989 ff.) ihrem Ziel ein gut Stück nähergekommen. Aber erst am Beginn des dritten Jahrtausends wird sich entscheiden,³ ob es trotzdem noch gelingt, diesen Plan zu durchkreuzen und *die Brücke über den Abgrund zu schlagen*. Da-

für ist alles veranlagt - wir müssen es nur tätig und mutig ergreifen. Dies zu *entdecken* und das noch Nötige zu *erfinden*, kann man *lernen und schulen*, um schließlich als *vereinigte anthroposophische Bewegung* auf allen Gebieten des Daseins in gemeinsamen Transformations-Projekten professionell **zusammenzuwirken** mit all jenen Zeitgenossen und -genossinnen, die auf ihre Weise auch an der Brücke bauen.⁴

2. Die Bedingungen

Die internationale Mitarbeiterschaft der „Achberger Werkstatt“ hat sich für die Teilnahme an dieser Aufgabe während des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts *intensiv vorbereitet*. Sie möchte jetzt diejenigen zu entsprechenden Kursen über ihre dabei gewonnenen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen einladen, die gezielt jene *Fähigkeiten entwickeln* wollen, die man braucht, um sich aus seinen eigenen moralischen Intuitionen in den bevorstehenden Jahren für die Notwendigkeiten der großen sozialen Erneuerung im Sinne der Überwindung des die Welt heute beherrschenden *Mammonismus* professionell einsetzen zu können.

Rudolf Steiner war schon 1920 der Ansicht, daß es für diesen Kampf, bei dem es zentral um die *Dreigliederung des sozialen Organismus* geht, „nicht Hunderter, nicht Tausender, sondern Zehntausender *Mitarbeiter* bedarf“⁵ - ganz zu schweigen von einem entsprechenden Stiftungs-*Kapital*, ohne das ein solches Unternehmen nicht die geringste Chance hätte, erfolgreich tätig zu sein. Was Steiner postulierte, war damals auf *Deutschland* bezogen gesagt - und kam, wie man weiß, auch mangels finanzieller Mittel⁶ nicht entfernt zustande. Die Folgen dessen sind am Verlauf des Jahrhunderts zu besichtigen. Seither ist auf diesem Entwicklungsgebiet aus der anthroposophischen Bewegung aufs Ganze gesehen nur Sporadisches geschehen.

4 Näheres dazu ist in dem Forschungsbericht „Zeitgeistwirken im 20. Jahrhundert – Mitteilungen aus der Achberger Apokalypse“ ausgeführt (zu beziehen beim MEDIA-Buchvertrieb im Achberger Verlag, c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, Panoramastr. 30, D-88147 Achberg, Tel. 08380-335, Fax -675, E-mail: Kulturzentrum.Achberg@t-online.de).

5 Rudolf Steiner in Stuttgart am 1.8.1920 (beim Bund für Dreigliederung), in: „Beiträge zur Dreigliederung, Anthroposophie und Kunst“, Heft Nr. 40/41 (Sommer 1994).

6 Siehe hierzu Walter Kühne, Die Stuttgarter Verhältnisse und Rudolf Steiners Impuls der sozialen Dreigliederung, 1989, S. 54 f.

1 Rudolf Steiner in Dornach am 12.9.1924, GA 346.

2 Rudolf Steiner in Dornach am 18.11.1917, GA 178.

3 Das Zitat der Überschriftszeile ist einem Vortrag Rudolf Steiners vom 12.9.1921 in Oslo (GA 209) entnommen.

3. Ein Beispiel - Der Beginn der Arbeit

Am Ende des Jahrhunderts ist aber klar, daß nicht mehr Deutschland, sondern *Europa* diejenige Weltregion ist, in welcher zunächst - so oder so - die Weichen in die soziale Zukunft der Menschheit gestellt werden. In wenigen Jahren - 2002/03 - wird durch Beschluß der Bürger der Europäischen Union über eine *europäische Verfassung* die wesentliche Entscheidung über die Frage fallen, mit welchem geistigen und seelisch-sozialen Impuls sich die Menschheit dieses Kontinentes im den menschheitlichen Entwicklungszusammenhang hineinstellen wird. Es ist also höchste Zeit, das **Projekt einer „Europäischen Verfassungs-Initiative“** in Angriff zu nehmen, um für diese Entscheidung eine zeitgeistgemäße Vision zu entwickeln und diese aus der Kraft einer zu initiierten *europaweiten Verfassungsbewegung* in Gestalt einer konkreten Vorlage in den Abstimmungsprozeß einzubringen.

Dieses Beispiel mag zeigen, um wieviel mehr heute gilt, was Rudolf Steiner bereits 1920 für nötig

gehalten hat: Der Bauplatz für die Begründung eines neuen geistigen und sozialen Fundamentes unserer Zivilisation braucht sehr viele und immer mehr befähigte, sich professionell einsetzende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wer für dieses Ziel in konkreten Projekten mitwirken und sich dafür entsprechend vorbereiten möchte, ist herzlich eingeladen, an den Kursen der „Achberger Werkstatt“ teilzunehmen.

Wir beginnen die Arbeit über die bisher geplanten bzw. bereits begonnenen Projekte, ihre Erkenntnisgrundlagen und über die Bedingungen ihrer Verwirklichung mit einem *Orientierungswochenende am 30. Oktober bis 1. November 1998* im Internationalen Kulturzentrum Achberg.⁷ Vom 10.01.- 21.02.99 finden Ausbildungskurse statt, die einzeln oder im Block belegt werden können.

Die Mitarbeiter der „Achberger Werkstatt“

⁷ Detaillierte Informationen zur gesamten Initiative bitte anfragen bei „Achberger Werkstatt“ (Adresse s. Fußnote 4).

Ankündigungen und Termine

1998 = 3mal 666: Der Impuls von Gondishapur in der Gegenwart - Geisteskampf an der Jahrtausendschwelle

Seminar, 12. - 15. November 1998, Anthroposophisches Zentrum Kassel

Donnerstag, 12. November: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Vortrag: Signaturen der Bewußtseinsseele (C. Strawe).

Freitag, 13. November: 8.30 - 9.15: Musikalische Demonstrationen und Übungen (Elmar Lampson) // 9.15 - 10.15: Vortrag: Christus-Impuls und Individualität (U. Herrmannstorfer) // 10.45 - 12.30: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.30: Musikalische Demonstrationen und Übungen // 15.30 - 16.30: Vortrag: 1 x 666: Der Impuls von Gondishapur (Dr. Albert Schmelzer) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.15: Vortrag: Das Motiv der Verführung und der Verspätung (U. Herrmannstorfer)

Samstag, 14. November: 8.30 - 9.15: Musikalische Demonstrationen und Übungen (E. Lampson) // 9.15 - 12.30: Vorträge: 2 x 666: Der Arabismus und der Entstehungsmoment der Naturwissenschaft - Die Mission des Templerordens und seine Vernichtung (A. Schmelzer) // Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.30: Musikalische Demonstrationen und Übungen // 15.30 - 16.30: Vortrag: 3 x 666: Die apokalyptische Signatur der Gegenwart (C. Strawe) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.15: Vortrag: Freiheit

und Liebe: Der Kampf um die menschliche Entwicklung (Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 15. November: 8.30 - 9.15: Musikalische Demonstrationen und Übungen (E. Lampson) // 9.15 - 10.15: Vortrag: Individualität und Sozialität: Dreigliederung des sozialen Organismus als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele (Udo Herrmannstorfer) // 10.45 - 12.00: Abschlußgespräch - Schlußwort.

Teilnahmegebühr 290,- DM (ohne Unterbringung und Verpflegung).

Anmeldeunterlagen: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax 23 60 218.

„Wege zur Qualität“: Lebensbedingungen von Individualität und Gemeinschaft - Zur Frage des Vertrauens

Tagung vom 15. - 17. Januar 1999 im Landhaus Solothurn

Die Auseinandersetzung mit Fragen der Qualitätssicherung macht deutlich, daß heilpädagogische und sozialtherapeutische Arbeit maßgeblich geprägt wird durch die Zusammenarbeit aller daran Beteiligten. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, soziale Gestaltungskräfte zu verstehen und sie so zu pflegen, daß sie die eigentliche Aufgabe begünstigen. Eine wirk-

lichkeitsgemäße Betrachtung der Zusammenarbeits-Verhältnisse zeigt, daß die im Sozialen wirkenden Gestaltungsprinzipien denjenigen entsprechen, die auch alles Lebendige durchdringen. Deren Wirksamkeit läßt sich am unmittelbarsten am menschlichen Organismus ablesen.

An der bevorstehenden Tagung werden deshalb unter verschiedenen Fragestellungen Betrachtungen des menschlichen Organismus aufgegriffen, um hieraus die Lebensbedingungen eines sozialen Gefüges abzulesen und die Grundlagen des sozialen Zusammenwirkens zu entwickeln. Unter anderem lassen sich durch die Gegenüberstellung pathologischer Erscheinungen Entwicklungsrichtungen aufzeigen, welche für das Verständnis sozialer Zusammenhänge wesentliche Gestaltungshilfen bilden. Vor allem wird aufzuzeigen sein, daß soziales Zusammenwirken als lebendiger Prozeß niemals durch ein System- oder Modelldenken erfaßt oder gestaltet werden kann.

Das Tagungsthema wird in Form von Vorträgen, Plenumsgesprächen und künstlerischen Impulsen bearbeitet und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anliegen des Arbeitshandbuchs „Wege zur Qualität“. Die Tagung bildet eine weitere Anregung für einen bewußten Umgang mit sozialen Fragen im Hinblick auf pädagogische, heilpädagogische oder sozialtherapeutische Arbeit.

Veranstalter: Verbund für anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie in der Schweiz (VaHS) // Arbeitsgruppe „Qualität“ // Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach. Referate: Udo Herrmannstorfer, Peter Grünwald // Künstlerische Beiträge und Impulse: Sibylle und Michael Birkenmeier, Christoph Graf // Plenumsleiter: Rüdiger Grimm, Andreas Fischer, Christianne Büchner.

Anmelde- und Programmunterlagen sind zu beziehen durch: Konferenz für Heilpädagogik und Sozialtherapie, Brosiweg 9, CH - 4143 Dornach, Tel. 0041-(0)61-701 84 85, Fax 701 81 04.

Metamorphosen des Generationenvertrages

Seminar, 17. - 18. Oktober 1998, Bad Boll

Themen u.a.: Zur Situation der gesetzlichen Altersversorgung // Die Drei-Generationen-Familie // Der kollektive Generationenvertrag // Die Bedeutung der Kapitelbildung für die Altersversorgung // Die Höhe der Primäreinkommen und der Transfers // Freiheit und Zwang im Generationenvertrag // Ungelöste ökonomische Probleme zwischen den Generationen // Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. (07164) 35 73 oder 54 97.

Kreis für Dreigliederung des sozialen Organismus Berlin

Ab Donnerstag, 29.10.98: Textarbeit: Latrille, Assoziative Wirtschaft, 17.30-18.30 Uhr, Steiner, Die soziale Frage, 18.30-19.30 Uhr // Mitarbeit bei Archiv-Recherchen: Anthroposophen in Schlesien (Postkartenanmeldung) // Zusatzveranstaltungen von Fall zu Fall // Ort: Berlin-Steglitz, Bornstr. 11.

Kontakte: Fabian Schmidt-Ahmad, Morusstr. 24, 12035 Berlin // Ernst Ulbrich, Leberstr. 22, 10829 Berlin.

Die Chance - Rudolf Steiners Konzept der Dreigliederung des sozialen Organismus jetzt verwirklichen

Wochenende mit Wilfried Heidt, Institut für Zeitgeschichte und Dreigliederungsentwicklung, Achberg, sowie Dr. Johannes Schmid, Nürnberg (Malen) und Dr. Angelika Storch, Nürnberg (Eurythmie) am 24. / 25. Oktober 1998 (Beginn: Samstag 11.00 Uhr, Ende Sonntag 13.00 Uhr) im Rudolf Steiner Haus, Rieterstr. 20, 90419 Nürnberg.

Vortragsthemen: Die Zeichen der Zeit Erkennen // Soziale Gestaltung als Kunst // Die Achberger Initiative zu einer europäischen Verfassung.

Das Ende des Jahrhunderts ist gekommen. Wie hat sich die Gesellschaft entwickelt? Welche Aufgaben liegen vor uns? Was können wir sofort tun? Unser Wochenendseminar will Antworten auf diese drängenden Fragen geben. Soziale Gestaltung in heutiger Zeit ist eine Kunst, die wir nicht beherrschen. Wir wollen deshalb nicht nur über soziale Gestaltungsmöglichkeiten reden, sondern auch für jeden Teilnehmer durch Eurythmie und Malen erlebbar machen.

Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland, Arbeitszentrum Nürnberg, Rieterstr. 20, 90419 Nürnberg, Tel. (0911) 33 86 78, Fax 39 75 38.

Die Rolle der Idee im sozialen Leben

am Beispiel von W. Schmudt und H. G. Schwepenhäuser

Vortrag und Gespräch mit Heidjer Reetz.

Wochenendtagung, Samstag, 17. Oktober 1998, 19.30 Uhr: Vortrag, Sonntag, 18. Oktober 1998, 9.30 - 12.30 Uhr: Gespräch. Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10. Kostenbeitrag je nach Ermessen DM 20,- bis DM 40,-. Veranstalter: Arbeitsgruppe für soziale Dreigliederung in der Anthroposophischen Gesellschaft Stuttgart.

Rückfragen bei Erwin Haas, Haußmannstr. 106, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 26 26 225.

**„Die Menschheit will ein Ganzes werden“
(Rudolf Steiner): Globalisierung - Entwick-
lungsschritt des 20. Jahrhunderts**

**Seminar im Studienhaus Rüspe, 13.12. -
18.12.1998, mit Udo Herrmannstorfer und Ursula
Herrmannstorfer (Eurythmie).**

Stand das 19. Jahrhundert noch ganz unter dem Gesichtspunkt nationaler Bewegungen, ist das 20. Jahrhundert ganz der Globalisierung zugewandt, im Guten wie im Bösen. Diese Entwicklung kulminiert in diesem letzten Jahrzehnt. Soll es jedoch nicht nur ein

Schlagwort bleiben, so muß eine solche Entwicklung tiefer betrachtet werden. Erst dann wird auch sichtbar, was damit sowohl vom einzelnen als auch von den Gesellschaften gefordert wird. Und wieviel für die weitere Menschheitsentwicklung davon abhängt, diesen Impuls in die richtigen Bahnen zu lenken. Kurze Gesprächsbeiträge von Teilnehmern sind möglich und erwünscht.

Nähere Informationen: Studienhaus Rüspe, D-57399 Kirchhundem, Tel. (02759) 94 41 10, Fax 94 41 49.

Literaturhinweise

Albert Schmelzer:

**Die Menschheitskrise der Gegenwart. 666 -
1332 - 1998. Zeitsymptome und Erzie-
hungsaufgaben**

Verlag Am Goetheanum 1998, 112 Seiten.

(cs) In der Apokalypse des Johannes wird über das Tier gesprochen, das durch die Zahl 666 symbolisiert wird. Es verkörpert ein abgründig Böses, das verhindern will, daß sich der Mensch zu einem freien und liebefähigen Wesen entwickelt. Die Zahlensymbolik der Apokalypse drückt, folgt man der Interpretation Rudolf Steiners, tiefste Geheimnisse der Evolution aus. Ein Aspekt dieser Symbolik verweist auf das Jahr 666 nach Christi Geburt - und auf die Jahre 1332 und 1998 (zweimal und dreimal 666). 666 steht für den Impuls der Akademie von Gondishapur, 1332 für die Vernichtung des Templerordens, 1998 für die Krisen der Gegenwart.

Albert Schmelzer geht diesen Hinweisen R. Steiners nach, gestützt auf profunde historische Sachkenntnis, wobei er jeweils nicht punktuell einzelne Jahreszahlen ins Auge faßt, sondern größere Zeiträume und die in ihnen wirkenden Impulse. Er untersucht zunächst die apokalyptische Signatur der Gegenwartskrisen, wobei er - in Abgrenzung von allen pseudoesoterischen Weltuntergangsprophezeiungen - darauf hinweist, daß „Apokalypse“ nicht „Zusammenbruch meint, sondern Enthüllung, Krise nicht Gefahr, sondern Entscheidung“ (S. 11). Eine apokalyptische Zeit fordere „nicht zur Verzweiflung auf, sondern zum Fragen, Erkennen und Handeln“ (S. 12). Es geht um das „Drama der Ich-Werdung in der Auseinandersetzung mit dem wesenhaft Bösen“. Das zweite Kapitel ist den zivilisatorischen Auswirkungen des Arabismus und des mit ihm verbundenen Materialismus gewidmet, die ihre Quelle im Impuls der

Akademie von Gondishapur haben, der dann durch den Islam teilweise abgestumpft wurde. Das dritte Kapitel behandelt die zukunftsweisenden Sozialimpulse des Templerordens und seine Vernichtung durch Philipp den Schönen, dem Vertreter der Prinzipien von Macht und Mammonismus. Die Betrachtung über das 20. Jahrhundert nimmt zunächst das Jahr 1933 in den Blick und thematisiert dann die auf die Vernichtung des Ich gerichteten Tendenzen der Gegenwart. Die Frage nach den in der Auseinandersetzung mit dem Bösen auszubildenden Kräften wird an den heutigen Erziehungsaufgaben konkretisiert, speziell am Erziehungsauftrag der Waldorfschule.

Schmelzer gelingt es eindrucksvoll, ein farbiges Bild der historischen Entwicklung zu zeichnen, aus dem heraus ein vertieftes Verständnis für die Gegenwartsprobleme erwächst. So ist diese Buch eine wertvolle Hilfe für jeden, der sich den Zeitfragen an der Jahrtausendschwelle engagiert zu stellen versucht.

Lex Bos:

Leitbilder für Sozialkünstler.

Zwanzig Vorträge über Sozialpädagogik

Verlag Am Goetheanum 1996, 210 Seiten.

(cs) Alle diejenigen, die Lex Bos aus seiner umfangreichen Beratungs- und Vortragstätigkeit kennen und schätzen, werden dem Verlag am Goetheanum dankbar sein für diesen Band. Er versammelt 20 in den Jahren 1979 und 1980 in Sao Paulo gehaltene Vorträge und beinhaltet den Versuch einer vertieften anthroposophischen Behandlung sozialer Fragen im Spannungsfeld zwischen inneren und äußeren Aspekten. Thematisch spannt sich ein Bogen von grundlegenden Betrachtungen zur Dreigliederung des sozialen Organismus über die Aufgaben der Sozialpäda-

gogik, die Erscheinung von Gravitations- und Levitationskräften im Sozialen zu Fragen der Organisationsentwicklung (lernende Organisation, Inkarnieren und Exkarnieren im Sozialen u.a.). Das Buch kann in der Tat - wie der Klappentext formuliert - als „Wegzehrung für ‚Entwicklungs-Helfer‘, Sozialpädagogen, Sozialkünstler“ betrachtet werden.

Bruno Krüger: Leben und Schicksal - Vom Weg eines Wahrheitssuchers

Wege-Verlag, Freiburg 1993.

(cs) Es muß als großes Verdienst des Wege-Verlages betrachtet werden, daß er die Lebenserinnerungen von Bruno Krüger, Jurist und Mitarbeiter R. Steiners, durch die Herausgabe vor dem Vergessen bewahrt hat. Bieten sie doch gerade im Hinblick auf die Dreigliederungsbewegung manche höchst interessanten Details. Man liest z.B. über eine Szene, in der Krüger Steiner bittet, analog zum nationalökonomischen Kurs eine Rechtskurs zu halten, was dieser ablehnt, allerdings nicht mit der häufig „tradierten“ Begründung, die Menschheit sei hierfür noch nicht „reif“. So heißt es bei Krüger (S. 44 f.):

„Mir schwebte vor, Rudolf Steiner zu bitten, uns auch einen rechtswissenschaftlichen Kurs zu schenken, wie zum Beispiel den ökonomischen Kurs und andere. Meine Umfrage bei dem kleinen Häuflein Juristen in Württemberg blieb völlig erfolglos. Niemand wollte sich mir anschließen. Trotzdem trug ich ihm meine Bitte vor. Überraschend trat er einige Schritte gegen mich zurück, mit abwehrend erhobenen beiden Händen. Bestürzt stammelte ich: ‚Aber lieber Herr Doktor, die Rechtswissenschaft ist doch eine sehr bedeutende.‘

Da kam er wieder auf mich zu und sprach mit ungemein gütiger herzwärmer Stimme: ‚Gewiß, sogar die bedeutendste, aber was haben die Menschen daraus gemacht!‘ Er geleitete mich zur Tür. Für ihn war diese Anfrage erledigt.“

Auch beispielsweise auf die Verhältnisse beim „Kommanden Tag“ werfen die Erinnerungen interessante Schlaglichter.

Wege - Buchhandel und Verlag, Scheffelstr. 53, D-79102 Freiburg.

Texte von Peter Schilinski

(Ingo Mäder) Im jedermensch-Verlag sind zwei neue Schriften von Peter Schilinski erschienen:

Soziale Dreigliederung - Eine Einführung

Broschüre, 88 Seiten, A5, ISBN 3-931615-03-0, DM 10,- „Jeder Mensch muß heute selbst nachdenken, wenn weitere Katastrophen verhindert werden sollen. Jeder Mensch muß die Tatsachen des heutigen öffentlichen Lebens nicht nur kennen, - er muß auch erkennen können, ob die bestehenden Einrichtungen nützlich oder schädlich sind. Und jeder Mensch muß

heute wissen, daß er nur durch seine eigene Einsicht und seine eigene Tatkraft ... alle öffentlichen Einrichtungen immer wieder so verändern kann, daß Unheil verhütet und erreicht werden kann, was der Gemeinschaft dient.“

Diese Schrift enthält bisher unveröffentlichte Texte von Peter Schilinski (1916-1992) und ausgewählte Aufsätze, die er für die Zeitschrift „jedermensch“ schrieb. Sie ermöglicht einen Einblick in seine Gedankenwelt zu sozialen Fragen und kann in ihrer lebensnah geschriebenen und kompakt gestalteten Art eine gute Einführung in die Idee der Sozialen Dreigliederung sein.

Liebe ist Interesse am anderen

Broschüre, 52 Seiten, A5, ISBN 3-931615-02-2, DM 6,-.

„... Für mich wird da eine neue Form der Liebe sichtbar, eine Liebe, die darauf beruht, daß man zunächst mit äußerst mühsamer Anstrengung ein wirkliches Interesse für den anderen Menschen aufbringt, auch dort und gerade dort, wo er anders ist.“

Peter Schilinski hat ein umfangreiches Manuskript hinterlassen, in dem er seine Beziehungen zu Frauen in konkreter und sehr persönlicher Weise schildert. Nur die ersten einhundert Seiten wurden 1983 in zwei „Erfahrungsberichten“ veröffentlicht.

Das neue Heft enthält die wenigen Texte des Manuskriptes, in denen er seine Erfahrungen verallgemeinert. Diesen um 1980 entstandenen, bisher unveröffentlichten Texten sind fünf seiner „jedermensch“-Artikel zu zwischenmenschlichen Fragen hinzugefügt.

Weiterhin ist von Peter Schilinski erschienen:

- Modelle gesellschaftlicher Neuordnung (1970)
- Erfahrungsberichte Mann-Frau (zwei Teile, 1983)
- Kommentare zu den „Kernpunkten der sozialen Frage“ (1984)

- Der Meditationsweg des Abendlandes (1985)

- Die Gestalt der sozialen Frage (1995)

- Wahrheit und Liebe verbinden (Gedenkheft, auch mit Erinnerungen anderer Menschen, 1995)

Außerdem gibt der Verlag vierteljährlich die Zeitschrift für Soziale Dreigliederung, Umweltschutz und neue Lebensformen „jedermensch“ heraus. Sie wurde 1958 von Peter Schilinski gegründet und wird heute in den Räumen des Projektes „Eulenspiegel“ gestaltet. „jedermensch“ ist den sozialen Bewegungen für Ökologie und Selbstbestimmung verbunden und berichtet über entsprechende Initiativen und über das Zeitgeschehen.

Alle Schriften sind beim jedermensch-Verlag, Dorfstraße 25, 88142 Wasserburg, Tel. / Fax (08382) - 89 056 erhältlich. Der Verlag ist ein Projekt des Modells Wasserburg e.V., eines Vereins zur Förderung von Kulturzentren im Sinne der Dreigliederungsidee.

Der Euro kommt

Die Unumkehrbarkeit der europäischen Integration und ihre Folgen für das Ringen um soziale Erneuerung

Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“

Sonntag, 22. November 1998

Freie Hochschule Stuttgart – Seminar für Waldorfpädagogik,
Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart

- 10.30 Uhr: Politische und soziale Konsequenzen des Euro
(Einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)
- 12.15 Uhr: Mittagspause
- 14.00 Uhr: Geldtechnische Fragen des Euro – Euro und Währungsstabilität
(Einleitendes Referat: Eckhard Behrens)
- 15.30 Uhr: Pause
- 15.45 Uhr: Staatliche und regionale Wirkungen des Euro
(Einleitendes Referat: Prof. Harald Spehl)
- 17.30 Uhr: Sitzung der Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren (Trägerkreis der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“). Ende spätestens gegen 18.30 Uhr.

Für das Seminar wird von Teilnehmern, die nicht ohnehin bereits am Kostenausgleich teilnehmen, eine Kostenbeteiligung von DM 100,- erbeten. Anmeldungen bitte an das Netzwerk-Büro.



Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative „Netzwerk Dreigliederung“,
c/o Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax (0711) 23 60 218.

- Ich nehme am Netzwerkseminar „Der Euro kommt“ teil.
- Schicken Sie mir bitte eine Anfahrtsbeschreibung zum Rudolf-Steiner-Haus Stuttgart zu.
- Bitte schicken Sie mir Exemplare des Rundbriefs als Probenummern zum Weitergeben.
- Schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM / Jahr (Richtsatz DM 30,-); Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01 (Nur bei Neubestellungen ausfüllen).
- Ich erbitte eine Liste ausgewählter Dreigliederungsliteratur.
- Bestellmöglichkeit von älteren Rundbriefen: Senden Sie mir eine Übersicht über noch vorrätige Nummern.

Name

Adresse, Telefon

Datum, Unterschrift